

Economic Democracy

Das Modell einer demokratischen Wirtschaft, vorgeschlagen von David Schweickart

Achim Brandt

(Mitglied von Attac München)

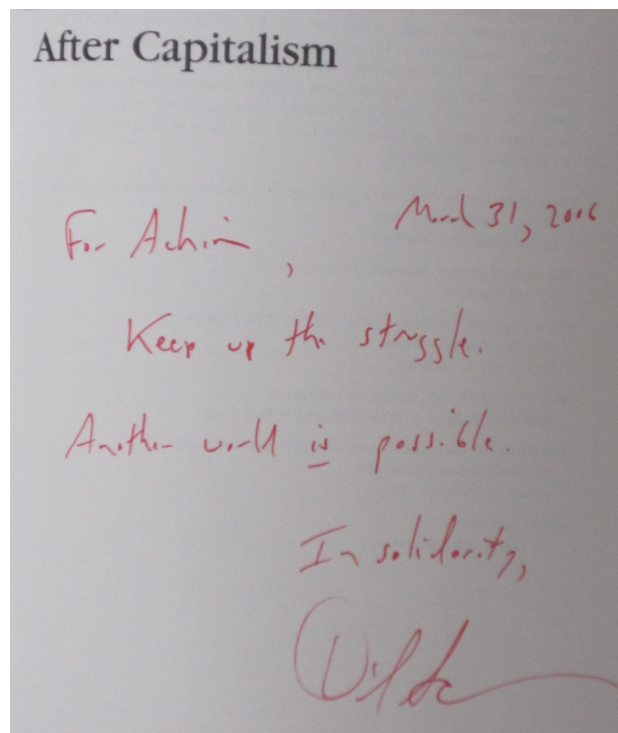
Manuskript zum Vortrag im Arbeitskreis ArbeitFairTeilen, 17.3.2011

Version **v1.3**, 31.3.2011: Mit Ergänzungen zu den Kapiteln 3.2, 3.3, 5.7 und 6,

und mit den 20 Fragen von meinem Vortrag im AK AFT am 17.3.11



Prof. David Schweickart (geb. 1942)
Loyola University Chicago



... und seine Widmung für Achim am 31.3.2006
anlässlich meines Besuchs

Inhalt

Vortragsankündigung, Zusammenfassung	4
Vorwort	4
Literatur	5
Links	6
Videos auf Youtube	6
1 Das Buch „After Capitalism“ (in etwa: „Ende des Kapitalismus“)	7
1.1 Zusammenfassung von Kapitel 1 „Counter-Project, Successor-System, Revolution“	7
1.2 Kapitel 2 „Justifying capitalism“	7
1.3 Kapitel 3: „Economic Democracy: Wie geht das?“ („Economic Democracy: What it is“)	8
1.3.1 Kapitel 3.1.1: Arbeiterselbstverwaltung	10
1.3.2 Kapitel 3.1.2: Der Markt	11
1.3.3 Kapitel 3.1.3: Gesellschaftliche Investitionskontrolle	11
1.3.4 Kapitel 3.2: Kann die Economic Democracy funktionieren? Ist sie machbar?	14
1.3.5 Kapitel 3.3: Das Mondragon-Experiment (S. 65-71)	14
1.3.6 Kapitel 3.4: Eine Anmerkung zum Öffentlichen Sektor – und zum Bedingungslosen Grund-Einkommen (BGE)	15
1.3.7 Kapitel 3.5: Fairer Handel statt Freihandel	15
1.4 Kapitel 4 „Capitalism and its Discontents“	16
1.5 Kapitel 5 „Economic Democracy: Why we need it“ („ED: Warum wir sie brauchen“)	16
1.5.1 Kapitel 5.1 „Demokratie am Arbeitsplatz: Wie sich das Verhalten der Firmen durch die neue Firmenstruktur verändert.“ (S. 128)	16
1.5.2 (S. 131:) Kapitel 5.2 „Ungleichheit“	17
1.5.3 (S. 135:) Kapitel 5.3 „Arbeitslosigkeit“	17
1.5.4 (S. 140:) Kapitel 5.4 „Überarbeitung, Leistungsdruck“	17
1.5.5 (S. 143:) Kapitel 5.5 „Armut“	18
1.5.6 (S. 151:) Kapitel 5.6 „Demokratie“	18
1.5.7 (S. 156-159:) Kapitel 5.7 „Ökologie, Umweltschutz“	18
1.6 Kapitel 6 „Getting from here to there“	20
1.6.1 (S. 161:) Kapitel 6.1 „Economic Democracy als Orientierungshilfe“	20
1.6.2 (S. 167:) Kapitel 6.2 „Reformen auf dem Weg zur Economic Democracy“	21
1.6.3 (S. 170:) Kapitel 6.3 „Von der Reform zur Revolution“	22
1.6.4 (S. 177:) Kapitel 6.4 „Ein neuer Kommunismus?“	22
1.7 Ende – „Über den Autor“ / „About the author“	23
2 Sekundärliteratur: Mehr über die ED und David Schweickart	23
2.1 Zusammenfassung der Economic Democracy auf der englischen Wikipedia	23
3 Meine 6 Fragen aus der Ankündigung meines Attac-Vortrags am 17.3.11	24
3.1 Was sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der ED und der GWÖ?	24
3.2 Wie geht die ED gegen Arbeitslosigkeit vor? Wird die Arbeit in der ED fair verteilt sein?	26
3.3 Davids Überlegungen zur Einführung der ED: Auf einen Schlag, oder Schritt für Schritt? Revolution oder Evolution?	26

3.4	Was sieht die ED vor, um sich gegen Angriffe aus dem kapitalistischen Umland zu wehren (falls die Befreiung vom Kapitalismus zunächst nur regional gelingt)?	26
3.5	Wo steht die ED aktuell? Gibt es Erfolge zu melden?	26
3.6	Wäre die ED eine mögliche „andere Welt“ im Sinne von Attac? Können wir die ED und die GWÖ gemeinsam voranbringen – diesseits und jenseits des Atlantiks?	27
4	<i>Die 21 Fragen aus dem AK ArbeitFairTeilen am 17.3.2011</i>	27
4.1	Nettogewinn	27
4.2	Nähe zur Planwirtschaft?	27
4.3	Wichtige Projekte, die keinen Gewinn bringen	28
4.4	Demokratische Kontrolle der Banken	28
4.5	Umgang mit Schwangeren	29
4.6	Steady-State-Economy (stationäre Wirtschaft): Was passiert mit dem Investitionsfonds?	29
4.7	Import von Billigprodukten	30
4.8	Wie geht man mit Ungleichheiten um?	30
4.9	Ist die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Vorbild?	31
4.10	Neuinvestitionen auch aus eigenen Mitteln der Firmen? Gefahr der Entkoppelung vom demokratisch gesteuerten Investitionsfonds?	31
4.11	Selbstaussbeutung der Genossenschaften?	31
4.12	Lohnarbeit: Ist sie denn so schlecht?	32
4.13	Zum Vergleich: Was macht die GWÖ mit dem Gewinn?	32
4.14	Warum ist Achim von der ED so fasziniert?	32
4.15	Internalisierung externer Kosten!	33
4.16	„Referenzbetrieb“, eine Idee von Gerd Zeitler.	34
4.17	In der ED gibt es nach wie vor Ausbeutung: 1) gegenseitig (durch den Wettbewerb), 2) Ausgrenzung von Alten oder Schwangeren. Stimmt das?	34
4.18	Die Genossen in der ED wollen Geld verdienen anstatt die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen zu befriedigen. Reicht es nicht aus, nach Anerkennung und Selbständigkeit zu streben?	34
4.19	Wir Deutschen sparen ständig. Es entsteht ein Problem.	35
4.20	Gibt es noch Gewerkschaften in der Economic Democracy?	36
4.21	Warum verdienen Akademiker mehr als einfache Arbeiter?	36

Vortragsankündigung, Zusammenfassung

„Eine andere Welt ist möglich.“ Unter diesem Motto diskutiert Attac Modelle für eine andere Wirtschaft jenseits des Kapitalismus – zurzeit besonders das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) von Christian Felber. Interessanterweise wurde ein recht ähnliches Modell einer Wirtschaft, die – wie die GWÖ - zwar noch Elemente des Marktes aufweist, aber de facto sozialistische Ziele wie Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratisierung der Wirtschaft und das Ende der Kapitalvorherrschaft anstrebt, bereits vor zwanzig Jahren in den USA vorgeschlagen: Die „**Economic Democracy**“ (**ED**) von David Schweickart, einem Philosophieprofessor aus Chicago, vor allem in seinen Büchern „Against Capitalism“ (1993) und „After Capitalism“ (2002).

Ich möchte in meinem Vortrag die wichtigsten Kennzeichen der Economic Democracy (zu deutsch etwa: „Wirtschaftsdemokratie“) vorstellen und zudem auf folgende Fragen eingehen:

- Die Wurzeln des ED-Modells: Einerseits Marx, andererseits Mondragon.
- Was sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der ED und der GWÖ?
- Wie geht die ED gegen Arbeitslosigkeit vor? Wird die Arbeit in der ED fair verteilt sein?
- Davids Überlegungen zur Einführung der ED: Auf einen Schlag, oder Schritt für Schritt? Revolution oder Evolution?
- Was sieht die ED vor, um sich gegen Angriffe aus dem kapitalistischen Umland zu wehren (falls die Befreiung vom Kapitalismus zunächst nur regional gelingt)?
- Wo steht die ED aktuell? Gibt es Erfolge zu melden?
- Wäre die ED eine mögliche „andere Welt“ im Sinne von Attac? Können wir die ED und die GWÖ gemeinsam voranbringen – diesseits und jenseits des Atlantiks?

Dies ist der zweite Vortrag von mir zum Thema Economic Democracy bei Attac; der erste fand 2006 im AK Grundlagen statt (http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/060705_Achim_AKGrdl_ED_16slidesExtr.pdf), nachdem ich kurz zuvor David Schweickart persönlich in Chicago besuchen konnte. – Der Vortrag wird hoffentlich der Auftakt einer Reihe weiterer Präsentationen und ggf. Radiosendungen sein, mit denen ich die Idee der Economic Democracy populär machen möchte.

Bis Donnerstag (17.3.2011)
Achim

Ergänzung 28.3.2011: Ich habe nun den Abschnitt 1.6, der das Wichtigste aus Kapitel 6 des Buches „After Capitalism“, nämlich „**Getting from here to there**“ („Wie gelangen wir dort hin?“), beinhaltet, vervollständigt. Das war zum Zeitpunkt des Vortrags noch lückenhaft. Auch Abschnitt 1.5, der das Kapitel 5 aus dem Buch zusammenfasst, ist wesentlich komplettiert worden: David zeigt hier unter anderem, dass in der ED der **Wachstumswang wegfällt** und **Vollbeschäftigung** mit hoher Wahrscheinlichkeit erreicht werden kann.

Vorwort

„Eine andere Welt ist möglich“ ist das Motto von Attac. Das ist die Gegenthese zur neoliberalen Behauptung „There Is No Alternative“, TINA („Es gibt keine Alternative“). David Schweickart, Philosophieprofessor in Chicago, USA, ärgerte sich so sehr über diese TINA-Behauptung, dass er sich in den 1990er Jahren entschloss, sie zu widerlegen, indem er eine Alternative zum Kapitalismus erarbeitete: Die ‚**Economic Democracy**‘ (**ED**). Die ED ist eine Wirtschaftsform zwischen Kapitalismus und Kommunismus: Sie enthält Elemente der

Marktwirtschaft, wo diese angebracht sind – schafft aber die Vorherrschaft des Kapitals und der Finanzmärkte ab. Ein anderes Wort für diese Art der Wirtschaft ist „**Marktsozialismus**“. Ausgangspunkt für David Schweickart's Wirtschaftsmodell war die Cooperative Mondragón, die bekannte Genossenschaftskooperative im Baskenland.

Dieser Aufsatz fasst die wichtigsten Aspekte der Economic Democracy zusammen. Ich entdeckte das Konzept der ED um das Jahr 2003 herum durch meine Recherchen im Internet, nachdem ich in den 1990er Jahren mein eigenes Modell einer klassenlosen Marktwirtschaft entwickelt hatte (siehe www.kiesweg.de) und nachdem ich bei Attac aktiv geworden war, weil ich bei Attac die Chance sehe, solche Modelle einer kapitalismusfreien Marktwirtschaft weiterzuentwickeln und einer Umsetzung näherzubringen. Ich hatte im Jahr 2006 Gelegenheit, David in Chicago zu besuchen, und habe dort die ED mit David persönlich diskutiert.

Inzwischen gibt es bei Attac das Modell der Gemeinwohlökonomie von Christian Felber. Die GWÖ kann ebenfalls als Marktsozialismus bezeichnet werden. Ich will daher in diesem Aufsatz auch auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der ED und der GWÖ eingehen.

München, im März 2011

Achim Brandt

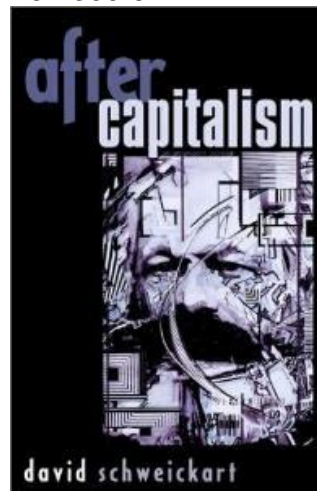
achim@kiesweg.de

Literatur

[DS1993] David Schweickart, *Against Capitalism* (1993)



[DS2002] David Schweickart, *After Capitalism* (Rowman and Littlefield, 2002) - ISBN 0-7425-1300-9.



[MS1998] Bertell Ollman: „*Market Socialism: The Debate Among Socialists*“. Buch, 1998, siehe <http://www.nyu.edu/projects/ollman/books/ms.php> und <http://www.amazon.com/Market-Socialism-Debate-Among-Socialist/dp/0415919673>

- [AB1999] Achim Brandt, „*Marktwirtschaft statt Kapitalismus: Reichtum für alle*“ (von Januar 1999). Im Internet als <http://www.kiesweg.de/book9901.PDF> (Das ist mein eigener erster Entwurf für eine vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft. Außerdem enthält es eine Zusammenfassung von Marx: „Das Kapital“, Band 1 bis 3, auf nur 70 Seiten, aus der Sicht eines Ingenieurs.)
- [JS2010] Hans-Joachim Schemel, „*Wirtschaftsdiktatur oder Demokratie? Wider den globalen Standortwettbewerb – für eine weltweite Regionalisierung*“. Publik-Forum 2010.

Links

Unter dem Stichwort „David Schweickart“ findet man im Internet jede Menge Hinweise auf D.S. und die ED. Hervorzuheben sind:

http://en.wikipedia.org/wiki/David_Schweickart	Wikipedia zu D. S.
http://www.solidarityeconomy.net/author/david-schweickart/	Diverse Artikel von D. S. im Diskussionsforum „Solidarity Net“. Unter anderem der Disput zwischen David S, und Michael Albert, dem Autor von „Parecon“.
http://www.solidarityeconomy.net/2006/09/28/nonsense-on-stilts-michael-alberts-parecon/	Die Debatte zwischen Schweickart und Michael Albert, dem Autor von „Parecon“ (Participatory Economy). David nannte Parecon „Nonsense on stilts“ (Unsinn auf Stelzen), weil er Parecon für gestelzt und im Ansatz verfehlt hält.
http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/2010-DS_Virginia.Upp.pdf	(26 Folien, 5 MB): David Schweickarts Folien für Virginia und Uppsala 2010 „But there IS an Alternative“. – Video vom Vortrag siehe unten.
http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/060705_Achim_AKG_rdl_ED(Ac060704.1646).pdf	Achims Vortrag im AK Grundlagen am 5.7.2006 „Marktsozialismus: Economic Democracy (Wirtschaftsdemokratie) von David Schweickart“. 29 Folien, ca. 1 MB
http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/060705_Achim_AKG_rdl_ED_16slidesExtr.pdf	Achims Vortrag im AK Grundlagen am 5.7.2006; Kurzfassung. 16 Folien, je 2 auf 1 Seite, ca. 0,3 MB

Videos auf Youtube

http://www.youtube.com/watch?v=OT4cNwC-aGQ	David Schweickart: Vortrag in Uppsala, Schweden, Juli 2010. Teil 1 von 10 Teilen mit je 10 Minuten. – Die Folien hiervon sandte mir David, sie sind auf meiner Homepage www.kiesweg.de verfügbar, s.o.
http://www.youtube.com/watch?v=Et91gXGMLwA	Vortrag von David Schweickart mit Argumenten zu Michael Albert's Parecon. Ca. 2009?

Diese Youtube-Videos und noch mehr zum Thema sind zu finden auf <http://www.youtube.com/> bei Suche nach „David Schweickart“.

*Der Dollar hat nachgegeben,
die Mark ist nicht mehr, was sie mal war -
nur der Groschen will und will nicht fallen.*
(Präambel in meinem, Achims, Buch [AB1999])

*„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.“
„A specter is haunting Europe – the specter of Communism.“*
(Erster Satz des Kommunistischen Manifests, und von Kapitel 1 von „After Capitalism“ [DS2003])

1 Das Buch „After Capitalism“ (in etwa: „Ende des Kapitalismus“)

1.1 Zusammenfassung von Kapitel 1 „Counter-Project, Successor-System, Revolution“

Das Kapitel enthält

- Anforderungen, die eine „Nachfolge-Theorie“ erfüllen muss.
- Stellungnahme zu Marx.
- Grundsätzliche Kritik an Zinseinkommen
- Eine Übersicht über die folgenden Kapitel.

Einige wichtige Aussagen:

- Kapitalisten leisten – in dieser Funktion – keinen Beitrag zum Produktionsprozess.
- Die Börse und andere „Anleger-Spiele“ sind unfair.
- Sparvermögen in privater Hand ist nicht nur überflüssig für das Wirtschaftswachstum, sondern oft sogar schädlich – daher sind Zinseinkommen nicht gerechtfertigt. (S. 17).

1.2 Kapitel 2 „Justifying capitalism“

Hier geht David auf die gängigen Argumente ein, mit denen der Kapitalismus üblicherweise gerechtfertigt wird. Es kommt sogar ein wenig Mathematik vor (aber ohne Formeln): David zeigt, wie die „Grenznutzentheorie“ (Ende des 19. Jahrhunderts) – die als Gegenentwurf zur klassischen Arbeitswertlehre entstand – es fertigbringt, die Beteiligung der Kapitalanleger und der Bodeneigentümer am Produktionsprozess als „Contribution“, also „Beitrag“ oder auch „Leistung“ darzustellen, die es rechtfertigt, dass der/die Kapitalist/in einen Anteil am Ergebnis der Produktion bekommt, obwohl er/sie keinerlei Arbeit in den Produktionsprozess hineingesteckt hat. Ein Bild (S. 28) veranschaulicht ein wichtiges mathematisches Theorem der Grenznutzentheorie – wodurch sie überhaupt erst wissenschaftliche Anerkennung fand.

Ich zitiere die Zusammenfassung des Kapitels 2, wie sie auf S. 17 steht:

Kapitel 2 zeigt, was die Kennzeichen des Kapitalismus sind, und erläutert die wichtigsten Begriffe wie Kapital, Kapitalist, Unternehmer, Investition und Sparvermögen. Es zeigt sich, dass diese Begriffe verbunden sind mit sogenannten „nicht-vergleichenden“ Rechtfertigungen für den Kapitalismus (also Argumente, die nicht auf Alternativen verweisen), die man sich anschauen sollte, weil sie Licht auf die inneren Zusammenhänge des Kapitalismus werfen. Kapitel 2 widerlegt alsdann diese Rechtfertigungen. Wir gelangen zu folgenden Ergebnissen, die konträr zur allgemeinen Meinung sind:

- Kapitalisten leisten in ihrer Funktion als Kapitalisten keinen Beitrag zur Produktion.
- Die Aktienbörse und andere „Kapitalanleger-Spiele“ sind unfair.
- Private Ersparnisse sind nicht nur **unnötig** für das wirtschaftliche Wachstum, sondern oft auch schädlich – daher sind Zinseinnahmen nicht gerechtfertigt.

Kapitel 2 endet mit einem Ausblick, was Kapitel 3, die Darstellung der Alternative, nun zu leisten hat; Zitat S. 43:

Aber es gibt keine Alternative, oder doch? Das ist das Mantra: TINA, TINA, TINA. Natürlich gibt es immer Alternativen, aber die Frage ist: Gibt es eine Alternative, die besser und erstrebenswerter ist (als der Kapitalismus)?

Wir müssen nun das mit Sicherheit stärkste Argument für den Kapitalismus angreifen. Dabei kann der Leser bereits alles im Kopf haben, was wir bis hierher bewiesen haben:

- Kapitalanlage ist keine wirklich produktive Tätigkeit.
- Die meisten Kapitalisten sind keine Unternehmer.
- Diejenigen, die Geld verfügbar haben, um es auf den Finanzmärkten einzusetzen, machen damit Gewinne auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.
- Niemand muss Konsumverzicht leisten als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum.
- Geld zu sparen kann sich auf die Wirtschaft (sogar) schädlich auswirken.

Der Leser wird möglicherweise all dies bejahen – und kann dennoch weiterhin daran zweifeln, dass es eine andere Wirtschaft geben kann, die bessere Ergebnisse hervorbringt als diejenigen Einrichtungen, die wir Kapitalismus nennen. Jeder weiß zwar, dass die Geschichte des Kapitalismus voll von Lärm und Raserei („sound and fury“) ist: Rücksichtslose Eroberungen, Sklaverei, systematische Gewalt gegen Arbeiter, mörderische Kriege mit unvorstellbaren Zerstörungen; aber jetzt, wo die westliche Demokratie sich offenbar fest etabliert hat, zumindest in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, und jetzt, wo das sowjetische und die osteuropäischen sozialistischen Experimente gescheitert sind, ist das vergleichende Argument zugunsten der Überlegenheit des Kapitalismus wirklich stark. Wenn wir Effizienz und Wachstum, Freiheit und Demokratie wollen – sollten wir dann nicht am Kapitalismus festhalten? Würde nicht jeder Versuch, unsere ökonomischen Einrichtungen von Grund auf zu ändern anstatt nur ihre Ecken und Kanten zu korrigieren, das Huhn schlachten, das uns all diese goldenen Eier legt? Das sind schwierige Fragen, die wir nun anpacken müssen.

1.3 Kapitel 3: „Economic Democracy: Wie geht das?“ („Economic Democracy: What it is“)

Eine Inhaltsangabe des Kapitels 3 ist auf S. 17 (in Kapitel 1) zu finden:

(Aus der bisherigen Kapitalismuskritik) folgt noch nicht, dass der Kapitalismus ungerechtfertigt ist. Es könnte ja sein, dass der Kapitalismus – egal wie ungerecht er ist – dennoch das Beste ist, was wir armen, begrenzten Menschlein zustande bringen können. Um diese Behauptung zu entkräften, müssen wir eine **Alternative** darstellen. Dies macht Kapitel 3.

Als erstes erläutere ich die Komponenten des „Basismodells“ der Economic Democracy (ED), verbunden mit Belegen für die Behauptung, dass die ED aus ökonomischer Sicht funktionieren kann. Einer dieser Belege ist der bemerkenswerte Erfolg des höchst ungewöhnlichen ökonomischen Experiments in der Stadt **Mondragon** im Baskenland in Spanien.

Zunächst werden die Komponenten der ED innerhalb eines einzelnen Landes dargestellt. Jedoch müssen wir angesichts der Globalisierung und der damit einhergehenden zunehmenden Abhängigkeiten zwischen den Nationen auch Prinzipien der Wechselwirkung zwischen den Nationen benennen. Auch dies findet sich in Kapitel 3. Die ED besteht auf „**Fairem Handel**“ im Gegensatz zum

Freihandel; daher wird die ED eine Politik des „**Sozialistischen Protektionismus**“ beinhalten.

Kapitel 3 endet mit einem Verweis auf das „Erweiterte Modell“ der ED: ein Modell, welches zwar theoretisch weniger strikt ist als das Basismodell, das aber immer noch denselben Prinzipien folgt. Im Erweiterten Modell können Geldanleger Guthabenzinsen verdienen, und Unternehmerpersönlichkeiten können echte Kapitalisten werden. Diese Zugeständnisse sind – wie wir sehen werden – möglich, ohne dass die gänzlich neuen Leitlinien, auf denen die Wirtschaft als Ganzes beruht, gestört werden.

Zitat S. 46:

Das Modell beruht auf ... Kenntnisnahme verschiedener historischer „Experimente“ des 20. Jahrhunderts, besonders das der Sowjetunion, Nachkriegs-Japan, Titos Jugoslawien, China nach Mao, und (viel kleiner, aber extrem wichtig) die höchst ungewöhnliche Genossenschaftskooperative (Mondragon) im Baskenland.

Das Modell ist außerdem das Ergebnis der Analyse zweier Missstände im Kapitalismus ... die beide als „Demokratiedefizit“ bezeichnet werden können – also das Fehlen von demokratischer Kontrolle über die Lebensumstände, die uns vital betreffen.

Das erste Thema ist Demokratie am Arbeitsplatz. Es ist ein schreiender Widerspruch der modernen kapitalistischen Gesellschaft, dass die Bevölkerung für kompetent genug gehalten wird, ihre politischen Führer zu wählen – aber nicht ihre Vorgesetzten in der Arbeit. ... Dabei zeigen Untersuchungen, dass **Demokratie am Arbeitsplatz funktioniert** – in der Regel funktioniert sie sogar besser als die Herrschaft der Eigentümer, also die kapitalistische Form der Arbeitsorganisation.

Das zweite besorgniserregende Thema ist die heutige „Hypermobilität“ des Kapitals. Der Großteil des Kapitals im Kapitalismus gehört Privatpersonen. Da es ihr Eigentum ist, können sie damit machen, was sie wollen. Sie können es investieren wo und in was sie wollen, oder es gänzlich bleiben lassen, wenn ihnen die Profitaussichten zu gering sind. Diese Freiheit jedoch, verknüpft mit den heutigen technischen Übertragungsmöglichkeiten, gibt dem Kapital ein Ausmaß von Beweglichkeit, das heute weltweit ökonomische und politische Unsicherheit hervorruft. Die Finanzmärkte haben die Herrschaft inne, egal wie „demokratisch“ die politischen Systeme zu sein behaupten, und diese Herrschaft ist oft unberechenbar, oft zerstörerisch.

Werfen wir einen Blick auf die sozialistische Alternative zum Kapitalismus ... Die ED teilt mit dem Sozialismus die gemeinsame Überzeugung, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln eingeschränkt werden muss, wenn die Menschheit vorwärtskommen will.

David fährt fort (S. 47):

Economic Democracy kann wie der Kapitalismus **durch drei Merkmale definiert** werden, wovon die ED das zweite Merkmal mit dem Kapitalismus gemeinsam hat:

1. **Arbeiterselbstverwaltung:** Jedes Wirtschaftsunternehmen wird von seinen Mitarbeitern demokratisch kontrolliert.
2. **Der Markt:** Die Unternehmen interagieren miteinander und mit den Verbrauchern in einem Umfeld, das weitgehend frei ist von staatlichen Preiskontrollen. Rohmaterial, Maschinen und Konsumgüter werden alle gekauft und verkauft zu Preisen, die sich weitgehend durch Angebot und Nachfrage ergeben.

3. **Investitionskontrolle durch die Gesellschaft:** Finanzmittel für Neu-Investitionen werden durch eine „**Kapitalsteuer**“ aufgebracht und durch ein Netz **öffentlicher Investment-Banken** in die Wirtschaft zurückgeschleust.

Und weiter (S. 47):

Erinnern wir uns (zum Vergleich), dass der **Kapitalismus** gekennzeichnet ist durch:

1. Privateigentum an Produktionsmitteln
2. Den Markt, und
3. Lohnarbeit

Das sowjetische Wirtschaftsmodell schaffte das Privateigentum an Produktionsmitteln ab (durch Kollektivierung aller Ländereien und Fabrikanlagen) und ebenso den Markt (durch Einsetzen der zentralen Planung), behielt jedoch die Lohnarbeit bei (!). Die ED schafft das private Produktionsmitteleigentum ab sowie die Lohnarbeit, jedoch unter Beibehaltung des Marktes.

Mir scheint, hier ist eine hübsche Tabelle angebracht, die die ED zwischen Kapitalismus und Sowjet-Sozialismus (Realsozialismus des Ostblocks) einordnet:

	Kapitalismus	Economic Democracy	Realsozialismus
Privateigentum an Produktionsmitteln	ja	überwunden	überwunden
Markt für Waren und Dienstleistungen	ja	beibehalten	abgeschafft
Lohnarbeit	ja	überwunden	beibehalten

1.3.1 Kapitel 3.1.1: Arbeiterselbstverwaltung

Zitat S. 48:

Die meisten Unternehmen werden einen gewählten Betriebsrat haben („workers' council“), der einen Geschäftsführer oder Vorstand und gegebenenfalls weitere leitende Manager ernennen wird. Das Management wird nicht vom Staat ernannt oder von der ganzen Gemeinschaft (oder Gemeinde?) als Ganzes, und es wird auch nicht, wie in einer kapitalistischen Firma, von einem Aufsichtsrat bestellt, der von Aktionären gewählt wurde. (Es gibt nämlich in der ED keine Aktionäre mehr.)

...

Obwohl die Arbeiter über ihren Betrieb („workplace“) bestimmen, sind sie nicht die „Eigentümer“ der Produktionsmittel. Die Produktionsmittel gelten als Gemein-Eigentum der ganzen Gesellschaft. Die Arbeiter und Angestellten haben das Recht,

- das Unternehmen zu leiten,
- das Firmenkapital nach ihren Vorstellungen zu verwenden und
- den gesamten Nettogewinn, der aus der Produktion entspringt, unter sich aufzuteilen.

Das gesellschaftliche Eigentum am Firmenkapital manifestiert sich auf folgende zwei Arten (in folgenden zwei Verpflichtungen gegenüber dem öffentlichen Bankwesen):

- Alle Firmen müssen eine Steuer auf ihr Firmenkapital zahlen; die Steuer fließt in das Investitionskapital der Gesamtgesellschaft ein. (Mehr dazu weiter unten.)
- Die Firmen sind verpflichtet, den Wert des Kapitalstocks zu erhalten, der ihnen anvertraut ist. Das heißt, sie müssen einen Abschreibungs-Fonds aufbauen als Ausgleich für die Abschreibung (Entwertung) des Sachkapitals. Rücklagen für Instandhaltung und Ersatz müssen gebildet werden. Diese Rücklagen dürfen für alle Formen von Ersatzinvestitionen oder

Verbesserungen im Sinne der Firma verwendet, aber nicht zur Aufstockung der Gehälter missbraucht werden.

1.3.2 Kapitel 3.1.2: Der Markt

Zitat S. 49:

Die **Economic Democracy ist eine Marktwirtschaft**, zumindest was die Allokation von Konsumgütern und Investitionsgütern („capital goods“) betrifft. ...

Da die Firmen in der ED auf dem Markt einkaufen und verkaufen, streben sie danach, einen Gewinn zu erzielen. („Gewinn“ ist kein Schimpfwort in dieser Form des Sozialismus.) Allerdings ist „Gewinn“ in einer von den Mitarbeitern geführten Firma nicht dasselbe wie der kapitalistische Gewinn; er wird anders berechnet. Marktwirtschaftliche Firmen, egal ob kapitalistisch oder in Arbeiterselbstverwaltung, streben danach, die Differenz zwischen dem Gesamt-Verkaufserlös und den Gesamtkosten zu maximieren. **Jedoch gilt in einer kapitalistischen Firma die Arbeit als ein Kostenfaktor, in einem Mitarbeiterunternehmen dagegen nicht.** In der ED ist die Arbeit nicht einer der „Faktorleistungen“ wie der Boden und das Kapital. Stattdessen ist die Arbeit der letzte Anspruchsberechtigte. Die Mitarbeiter der Firma bekommen alles, was an Einnahmen übrig bleibt, nachdem alle anderen Kosten, einschließlich der Abschreibungen und der Kapitalsteuer, beglichen wurden. (Wie wir sehen werden, hat dieser zunächst gering erscheinende strukturelle Unterschied weitreichende Konsequenzen.) ...

Weiter S. 49:

„**Marktsozialismus**“ ist ein kontroverses Thema unter Sozialisten. Ich und viele andere haben schon immer gesagt, dass eine **zentrale Planwirtschaft**, die üblicherweise als die sozialistische Alternative zur Marktwirtschaft angepriesen wird, vom Ansatz her **fehlerhaft** ist, und dass Vorschläge für eine **dezentrale Planung** ohne Marktmechanismen **nicht funktionieren**. ...

1.3.3 Kapitel 3.1.3: Gesellschaftliche Investitionskontrolle

Wie erfolgen Investitionen in der ED? Wo kommen die Gelder für Kredite her? – David Schweickart schlägt hier einen sogenannten „**Nationalen Investitionsfonds**“ vor,

- der durch eine Steuer auf Firmenkapital (eine Kapitalsteuer oder „capital asset tax“) finanziert wird (so dass er nicht auf private Spareinlagen oder Kapitalanleger angewiesen ist)
- der demokratisch kontrolliert ist, und
- der seine Gelder an die Regionen, Landkreise und Gemeinden verteilt, wo sie wiederum von regionalen, demokratisch kontrollierten Banken an die Unternehmen der Region weiterverteilt werden.

Der Fluss der Einnahmen und Ausgaben des Nationalen Investitionsfonds ist in zwei Bildern auf Seite 56 und 57 des Buches „After Capitalism“ dargestellt (siehe unten).

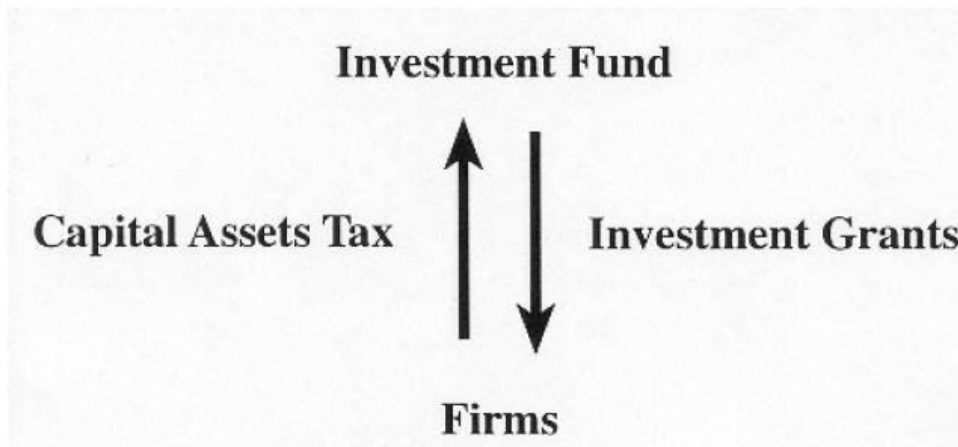
Zitat S. 50:

Dies (*die Vergabe der Gelder für Investitionen, Anmerkung von Achim*) ist das technisch komplexeste Element der Economic Democracy. Dabei ist es immer noch einfach im Vergleich zu den Institutionen, die im Kapitalismus für Investitions-Mechanismen eingesetzt werden (nämlich diese mysteriösen, allmächtigen „Finanzmärkte“) ...
... In der ED wird Geld für Investitionen in einer direkteren und transparenteren Weise aufgetrieben. Wir **besteuern** einfach **das Firmenkapital** der Unternehmen – also Boden, Gebäude (Immobilien) und Ausrüstung. **Diese Steuer – eine Flat Rate** – kann als Leasinggebühr betrachtet werden, die die Mitarbeiter eines

Unternehmens für die Verwendung des gesellschaftlichen Eigentums, das allen gehört, zu zahlen haben.

Kapitalsteuer und Nationaler Investitionsfond

Flows to and From the Investment Fund



- Kapitalsteuer (wie Zins) zu zahlen an die Öffentlichen Banken. Fließt zurück als „Investitionsbeitrag“ an die Firmen.
(Original-Diagramm von D. Schweickart)

Bild 3.1 „Einnahmen und Ausgaben des Nationalen Investitions-Fonds“ aus dem Buch „After Capitalism“ – mit Achims Erläuterungen. Bild 15 aus meinen Vortragsfolien [060705 Achim_AKGrdl_ED\(Ac060704.1646\).pdf](https://www.achim-akgrdl.de/ED(Ac060704.1646).pdf)

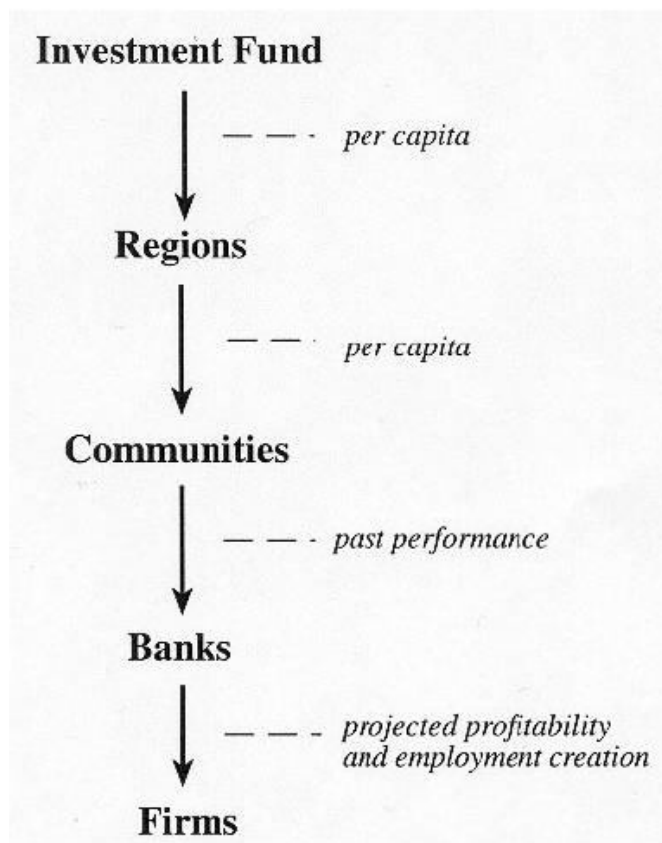
S. 51: Verteilung an die Regionen:

... Jede Region des Landes und jede Gemeinde hat ein Anrecht auf einen gerechten Anteil am nationalen Investitions-Fonds. „Gerechter Anteil“ heißt in erster Linie, „pro-Kopf-Anteil“, das heißt, wenn ein Region A einen Bevölkerungsanteil von X Prozent hat, dann bekommt sie X Prozent des Geldes, das für Neuinvestitionen zur Verfügung steht. ...

S. 53:

... Der Anspruch einer Region oder Gemeinde auf einen „Pro-Kopf“-Anteil am Investitionsfonds ... kann aber auch modifiziert werden aus moralischen oder politischen Gründen. Die Notwendigkeit, eine veraltete Industrie in einer bestimmten Region zu modernisieren, kann für eine begrenzte Zeit einen höheren Anteil am nationalen Investitionsfonds erforderlich machen. (Achim ergänzt: Ein Beispiel ist der „Aufbau Ost“ nach der Wiedervereinigung in Deutschland.) Es kann wünschenswert sein, dass eine unterentwickelte Region, ein bestimmter Landkreis oder eine Gemeinde einige Jahre lang ein erhöhtes Investitionsvolumen zugeteilt bekommt, damit die betreffende Region ihren Rückstand aufholt. Dies wird öffentlich, durch den demokratisch gewählten nationalen oder regionalen Gesetzgeber, entschieden, wobei allen klar sein muss, dass, wenn eine Region mehr bekommt, die anderen entsprechend weniger bekommen.

Investment Allocation Criteria



Der Investmentfond wird an die Regionen „pro Kopf“ verteilt; Gemeinden und Regionalbanken geben es den Firmen, die erfolgreich Arbeitsplätze schaffen.
(Original-Diagramm von D. Schweickart)

Bild 3.2 „Kriterien für die Vergabe der Investitionskredite“ aus dem Buch „After Capitalism“ – mit Achims Erläuterungen. Bild 16 aus meinen Vortragsfolien [060705_Achim_AKGrdl_ED\(Ac060704.1646\).pdf](http://060705_Achim_AKGrdl_ED(Ac060704.1646).pdf)

Zitat S. 56: Wie werden die Gelder an die Firmen weiterverteilt? - Zusammenfassung

Um es zusammenzufassen:

- Eine Steuer auf das Kapital („capital assets“, also Sachkapital und Forderungen) aller produzierenden Firmen wird von der Zentralregierung erhoben; diese Gelder werden in die Wirtschaft zurückgeleitet als Hilfe für diejenigen Firmen, die Geld für ihre Neuinvestitionen brauchen.
- Diese Gelder werden im Lande verteilt, zunächst an die Regionen und Landkreise pro Kopf der Bevölkerung, von dort an öffentliche Banken unter Berücksichtigung der bisherigen Leistungen dieser Banken (!), und von diesen an diejenigen Firmen, welche gewinnbringende Projekte versprechen.
- Unter den profitablen Projekten werden diejenigen bevorzugt, welche mehr Arbeitsplätze schaffen.
- Auf jeder Ebene – national, regional und vor Ort – entscheidet die Politik („legislatures“), ob ein gewisser Anteil der Gelder, die vom Nationalen Investmentfonds eintreffen, für öffentliche Investitionsvorhaben verwendet werden soll; sie verbleibenden Gelder werden ohne Auflagen an die nächste Ebene weitergereicht.
- Die meisten Banken werden Unterabteilungen haben, die sich mit Unternehmensberatung befassen und Vorschläge zur Erweiterung oder Neugründung von Firmen erarbeiten. (Anmerkung Achim: Hier sieht man das

Vorbild „Mondragón“, wo die Caja Laboral ebenfalls eng mit der Forschung zusammenarbeitet, um Ideen für neue Unternehmungen zu erarbeiten.)

1.3.4 Kapitel 3.2: Kann die Economic Democracy funktionieren? Ist sie machbar?

Hier geht David auf Fragen ein wie:

- Kann Demokratie am Arbeitsplatz funktionieren? Sind die Menschen denn klug genug, ihre Vorgesetzten zu wählen? Sind mitarbeiter-geführte Firmen wettbewerbsfähig?
 - Hier verweist David auf viele empirische Beispiele, die zeigen, dass Demokratie am Arbeitsplatz in der Regel die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen nicht verringert sondern oft sogar erhöht. Als wichtigen praktischen Beleg verweist David auf Mondragón.
- Kann durch die Kapitalsteuer ausreichend Geld für Neuinvestitionen hereinkommen?
 - Dies bejaht David. Er weist darauf hin, dass diese Steuer aus Sicht der Firmen ähnlich ist wie die Zinszahlungen, die heute an private Kreditgeber gezahlt werden müssen. Das ist also aus Sicht der Firmen nichts grundlegend Neues.
- Führen die ethischen Überlegungen bei der Kreditvergabe (z.B. die Verteilung an die Regionen entsprechend der Bevölkerungszahl, oder die Vergabe an Firmen, die Arbeitsplätze schaffen) nicht zu einer ineffizienten Verteilung der Gelder?
 - David entgegnet hier, dass die herkömmliche „Effizienz“ ein falscher Maßstab ist; entscheidend ist, wie sich die „soziale Kontrolle der Investitionen“ konkret auswirken auf die Schaffung von Jobs, auf die Angleichung der Einkommen und Vermögen, auf die Qualität und Geschwindigkeit des wirtschaftlichen Wachstums usw. – David verweist auf die Kapitel 4 und 5 des Buches, wo er demonstriert, dass die ED tatsächlich in all diesen Aspekten besser ist als der Kapitalismus.
- **Besteht nicht die Gefahr einer Kapitalflucht?**
 - David stellt klar (Seite 65): Weder die Gemeinden noch die Regionen oder das ganze Land müssen sich Sorgen über Kapitalflucht machen, denn das gesamte Investitionskapital der Nation wird öffentlich eingesammelt (im Nationalen Investitionsfonds) und wird, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, zurückverteilt an die Regionen und Kommunen, aus denen die Nation besteht. Die Anfälligkeit für makroökonomische Instabilitäten, wie sie heutzutage durch die großen Kapitalströme zwischen den Regionen eines Landes oder zwischen den verschiedenen Ländern verursacht werden, ist in der ED vollständig ausgeschlossen.

1.3.5 Kapitel 3.3: Das Mondragon-Experiment (S. 65-71)

Hier stellt David auf 6 Seiten die Kooperative Mondragón im Baskenland dar, weil sie eine der Vorbilder für die ED ist. Insbesondere verweist er auf die dortige Arbeiterdemokratie und auf das segensreiche Wirken der „Caja Laboral“, also der zentralen Investitionsbank innerhalb Mondragón, die durch ihre wohlüberlegte Geldvergabe an die einzelnen Genossenschaften und durch ihre Förderung von Innovationen dazu beiträgt, dass Mondragon seit Jahren gut abschneidet im Punkto Beschäftigung, Vermeidung von Entlassungen, und auch beim Überstehen von Wirtschaftskrisen in Spanien und darüberhinaus.

1.3.6 Kapitel 3.4: Eine Anmerkung zum Öffentlichen Sektor – und zum Bedingungslosen Grund-Einkommen (BGE)

Hier erfolgen einige Anmerkungen darüber, welche Aufgaben auch in der ED lieber nicht durch den Markt, sondern durch die Öffentliche Hand geleistet werden sollten – z.B. kostenlose Schulbildung und Kindergärten usw.

Interessant ist hier eine Auslassung zum **Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE)**, genannt „**basic income**“:

Zitat S. 75:

In den letzten Jahren gab es eine erhebliche Diskussion innerhalb der Linken zum Thema des Verhältnisses von Einkommen und Arbeit, die sich am Thema „basic income“ entzündete. ... Das Thema bleibt: Sollte das **Grundeinkommen** ein Teil der sozialistischen Agenda sein? Speziell: Sollte die ED eine Verpflichtung beinhalten, ein maximales, dauerhaftes Grundeinkommen in ihre institutionelle Struktur aufzunehmen? ...

Zitat S. 76:

Ich muss gestehen, dass ich sowohl aus empirischen als auch aus normativen Gründen skeptisch bin. ... Das Grundeinkommen würde finanziert aus den Steuern derjenigen, die arbeiten. Je mehr Leute das Grundeinkommen in Anspruch nehmen, um nur noch Teilzeit oder gar nicht mehr zu arbeiten, desto höher müssten die Steuern sein, die noch Vollzeit arbeiten. ...

Ich habe auch kein gutes Gefühl bei dem moralischen Prinzip, das hier zur Anwendung kommt, welches einem gesunden, arbeitsfähigen Menschen erlaubt, Anspruch anzumelden auf die Früchte der Arbeit anderer, ohne verpflichtet zu sein, irgendetwas als Gegenleistung zu liefern. Die Sozialisten haben immer argumentiert, dass Kapitaleinkommen aus der unbezahlten Arbeit derer stammt, die arbeiten – und dass Kapitaleinkommen daher ausbeuterisch ist. Wie wir in Kapitel 2 sahen, ist das Argument im Wesentlichen korrekt. Solange Arbeit kein Spaß ist – und das ist sie für die meisten Leute nicht, und sie wird es auch in der ED nicht plötzlich wie durch ein Wunder werden – sollten Sozialisten auf einer gewissen Reziprozität bestehen. In meiner Vorstellung ist es viel besser – moralisch und programmatisch – die öffentlichen Gelder zielgerichtet zu verwenden für eine Mindest-Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Ausbildung und Rentenversicherung, und gleichzeitig anständige Arbeitsplätze für alle arbeitsfähigen Bürger zu garantieren, deren Löhne in eine allgemein akzeptierte Spanne fallen – als jedermann/frau ein Bedingungsloses Grundeinkommen zu garantieren, auch denen, die zwar bezahlte Arbeit aufnehmen könnten, es aber nicht wollen.

1.3.7 Kapitel 3.5: Fairer Handel statt Freihandel

Zitat S. 77:

In der ED gibt es deutliche Unterschiede in der Art des Außenhandels (im Vergleich zum Kapitalismus). Vor allem gibt es in der ED so gut wie keinen Kapitalverkehr über die nationalen Grenzen hinweg. Die Unternehmen in der ED werden nicht ins Ausland abwandern, denn sie werden ja von ihren Arbeitern kontrolliert. Das Finanzkapital wird ebenfalls zuhause bleiben, denn die Investment-Fonds werden öffentlich geschaffen und sind gesetzlich zur Investition im Inland verpflichtet. Kapital fließt nicht außer Landes – außer vielleicht ein kleiner Betrag an privaten Ersparnissen ...

Zitat S. 78:

Um sich vor schädlichen Einflüssen abzuschirmen und gleichzeitig beizutragen zur Überwindung der weltweiten Armut, sollte die ED eine Politik des Fairen Handels im Gegensatz zum Freihandel verfolgen. Freihandel ist in Ordnung, solange die

Handelspartner ungefähr gleich sind in Bezug auf Arbeitslöhne und Umwelt-Regulierung. Jedoch wird die ED beim Handel mit ärmeren Ländern oder solchen, in welchen die Umweltschutzbestimmungen lax sind, eine Politik des „Sozialistischen Protektionismus“ betreiben.

S. 79:

- Ein „Social tariff“ (sozialistischer Zoll?) wird auf Importwaren erhoben zum Ausgleich für Niedriglöhne oder fehlende Verpflichtung auf soziale Ziele betreffend die Umwelt, Arbeitergesundheit oder –Sicherheit, und Gemeinwohl.
- Alle Zolleinnahmen werden an die betreffenden Länder zurückgeleitet (Achim ergänzt: im Sinne der Entwicklungshilfe und Armutsbehebung – z.B. Zuwendung an dort tätige NGOs.)

1.4 Kapitel 4 „Capitalism and its Discontents“

Aus der Zusammenfassung von Kapitel 4 und 5 auf S. 18:

Kapitel 4 und 5 beinhalten den Kern der Argumentation, nämlich die Gegenüberstellung von Kapitalismus und Economic Democracy. **Kapitel 4 untersucht sechs Grundübel des Kapitalismus:**

- Massive Ungleichheit
- Demoralisierend hohe Arbeitslosigkeit
- Unnötige Arbeitsbelastung
- Entsetzliche Armut, sowohl innerhalb der Länder wie auch weltweit
- Das Fehlen einer echten Demokratie
- Systematische und andauernde Umweltzerstörung

Kapitel 4 zeigt, wie diese Phänomene mit den Merkmalen des Kapitalismus zusammenhängen.

1.5 Kapitel 5 „Economic Democracy: Why we need it“ („ED: Warum wir sie brauchen“)

Aus der Zusammenfassung von Kapitel 4 und 5 auf S. 18:

Kapitel 5 untersucht, wie sich die Einführung der Economic Democracy auf die in Kapitel 4 dargestellten Phänomene des Kapitalismus (Ungleichheit, Arbeitslosigkeit usw.) auswirken würde. Es zeigt sich, dass die ED in allen Aspekten besser abschneidet als der Kapitalismus.

Im Einzelnen zeigt David die Verbesserungen durch die ED auf folgenden Feldern:

1.5.1 Kapitel 5.1 „Demokratie am Arbeitsplatz: Wie sich das Verhalten der Firmen durch die neue Firmenstruktur verändert.“ (S. 128)

(S. 129:) ... Es gibt eine zweite Verhaltensänderung der Firmen – abgesehen von der Abneigung gegen eine Senkung der Arbeitskosten – , die weitreichende Auswirkungen haben wird: *Erfolgreiche mitarbeitergeführte Firmen haben, im Gegensatz zu kapitalistischen Firmen, **keinen inneren Drang zum Wachstum.*** Dafür gibt es zwei Gründe. Der erste wurde schon oft von Ökonomen festgestellt: Obwohl beide, kapitalistische und demokratische Firmen, danach streben, Gewinn zu erzielen, ist die zu maximierende Größe nicht dieselbe. Grob gesagt, streben kapitalistische Firmen nach Maximierung des Gesamtgewinns, wogegen demokratische Firmen den Gewinn pro Kopf der Belegschaft maximieren wollen. Dieser Unterschied bewirkt eine unterschiedliche Dynamik, wenn es um Expansion geht. ...

- Firmen in der ED werden tendenziell kleiner sein als vergleichbare kapitalistische Firmen ...
- Firmen in der ED werden nicht so intensiv in Konkurrenz miteinander treten wie kapitalistische Firmen. Der Wettbewerb wird eher defensiven als aggressiven Charakter annehmen. ...
- Die Tendenzen zur Monopolbildung werden abnehmen. ...

1.5.2 (S. 131:) Kapitel 5.2 „Ungleichheit“

... Wir können erwarten, dass die demokratisierten Firmen egalitärer sein werden als kapitalistische Firmen. (Achim ergänzt: das heißt, die Gehälterspreizung wird geringer sein.)

1.5.3 (S. 135:) Kapitel 5.3 „Arbeitslosigkeit“

In der ED ist Vollbeschäftigung möglich, denn:

- Die ED hängt nicht ab von privaten Investoren. Es gibt keine Klasse von Leuten mehr, die „das Vertrauen in die Wirtschaft verlieren“ und dann ihr Geld in Wertpapieren zwischensparen oder gleich ins Ausland transferieren. ...
- Die Politik des „**sozialistischen Protektionismus**“ trägt auch dazu bei, die Gefahr einer Rezession abzuwehren. Denn erstens kann das Kapital in der ED nicht ins Ausland fliehen, wenn die Anlagemöglichkeiten im Inland einmal abnehmen; zweitens verhindert der sozialistische Protektionismus den Lohnsenkungsdruck, der im Kapitalismus durch die Billigimporte aus Niedriglohnländern ausgeübt wird.

(S. 137:) Wie wir gesehen haben, ist der Kapitalismus grundsätzlich inkompatibel mit Vollbeschäftigung. Die Drohung mit Arbeitsplatzverlust ist das wichtigste Disziplinierungsmittel des Systems. – Ganz anders in der ED: Hier ist keine Arbeitslosigkeit nötig, um die Arbeiter zur Disziplin zu zwingen: Der wesentliche Anreiz zur Disziplin ist positiv! Man arbeitet fleißig, weil das eigene Einkommen wie das der Kollegen direkt vom Gewinn der Firma abhängt. Jeder weiß auch, dass mögliches eigenes Fehlverhalten direkt das Wohlergehen der Kollegen beeinträchtigt und daher von diesen nicht ohne weiteres akzeptiert wird. Die große Peitsche, die Furcht vor Arbeitsplatzverlust, wird ersetzt durch das Zuckerbrot der Gewinnbeteiligung, verbunden mit einem sanften Druck durch Missbilligung seitens der Kollegen, wenn nötig.

Da Arbeitslosigkeit in der ED kein systemnotwendiger Bestandteil ist wie im Kapitalismus, ist Vollbeschäftigung in der ED möglich, im Kapitalismus dagegen nicht.

1.5.4 (S. 140:) Kapitel 5.4 „Überarbeitung, Leistungsdruck“

Es mag für viele nicht sofort einsichtig sein, dass wir den technischen Fortschritt dazu verwenden sollten, zu entschleunigen, den Konsum zu reduzieren, und uns für mehr freie Zeit oder mehr Sinnerfüllung in der Arbeit zu entscheiden. Diese Einsicht würde sich aber schnell ausbreiten, wenn jedermann/frau die freie Wahl hätte zwischen mehr Konsum oder mehr freier Zeit (Achim ergänzt: Das heißt: Freie Wahl zwischen Lohnzuwachs oder Arbeitszeitverkürzung). Unglücklicherweise wird es diese freie Wahl nicht geben, solange der Kapitalismus dominiert.

1.5.5 (S. 143:) Kapitel 5.5 „Armut“

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, liste ich einfach mal die Überschriften der Unterkapitel von 5.5 auf; daran sieht man schon, welche wichtigen Aspekte David Schweickart hier durchdiskutiert:

- **5.5.1 Armut in reichen Ländern**
- **5.5.2 Eine Anmerkung zum Rassismus**
- **5.5.3 Eine Anmerkung zu Einwanderung und Migration**

Hier schreibt David einen bemerkenswerten Satz:

- „Es ist im Prinzip nicht falsch und auch nicht rassistisch, wenn ein Land die Absicht hat, das Maß der Zuwanderung („flow of immigration“) zu begrenzen.“

Es folgen lesenswerte Gedanken zum Vor- und Nachteil der Ein- und Auswanderung aus der Sicht der armen und der reichen Länder. Das wäre auch ein guter Beitrag gewesen zu der Diskussion, die wir kürzlich (Anfang 2011) bei Attac München hatten zum Thema „Konkurrenz durch Immigranten, die zu Niedriglöhnen arbeiten (müssen)“.

- **5.5.4 Armut in armen Ländern**

1.5.6 (S. 151:) Kapitel 5.6 „Demokratie“

David zeigt, dass die Economic Democracy zu mehr Demokratie führt. Die Einzelheiten dieses Kapitels überspringe ich vorerst, aus Zeitgründen.

1.5.7 (S. 156-159:) Kapitel 5.7 „Ökologie, Umweltschutz“

David zeigt, dass die Economic Democracy zu **mehr Ökologie und Umweltschutz** führt – vor allem, weil sie **frei vom kapitalistischen Wachstumszwang** ist. Nebenbei spricht David auch so etwas wie die „**Regionalisierung**“ an (wie sie bei Attac München diskutiert wird, siehe [JS2010]), nämlich die Möglichkeit, dass sich arme und reiche Länder nach ihren jeweils eigenen Vorstellungen autonom, zu beiderseitigem Vorteil, entwickeln, was heutzutage durch die „Globalisierung“ praktisch unmöglich ist. Hier ist die Übersetzung des Kapitels 5.7:

Wir haben gesehen, dass das Umweltproblem zwei Aspekte hat: die Unterentwicklung und die „Überentwicklung“. Die Unterentwicklung – das Problem der Armut – haben wir schon angesprochen. In einer Welt von „Economic Democracies“ (Wirtschaftsdemokratien) werden **arme Länder** sich nach ihren eigenen Vorstellungen selbständig entwickeln können. Sie werden die jeweils angemessenen Technologien entwickeln. Sie werden Mittel zur Behebung der tiefen Schäden einsetzen, die die Länder durch die Fehlentwicklungen infolge des Systems des globalen Kapitalismus erlitten haben. Sie werden in kreativer Weise Lebensformen erfinden, die gesund und menschenwürdig sind, ohne dabei den unsäglichen Druck auf die örtliche und globale Umwelt auszuüben, wie es die „Überentwicklung“ tut. Reiche Länder können diesen Prozess mit ihren Wissenschaften und mit ihrer Technik unterstützen, aber im Wesentlichen werden die armen Länder, im Verbund mit Ländern, die in einer ähnlichen Lage sind, ihre eigene Bevölkerung und die vorhandenen Ressourcen einsetzen, um ihre Gesellschaften neu zu gestalten. Es gibt keinen Grund, warum das nicht klappen sollte. Die Hindernisse für die Behebung der Armut in den armen Ländern liegen größtenteils in den Organisationen der Gesellschaft und nicht in fehlendem Material oder mangelnder Technik.

Der Prozess wird nicht leicht sein, aber er ist vielleicht immer noch einfacher als die Aufgabe, die „**überentwickelten**“ **Länder** von ihrer Konsumsucht zu

entwöhnen. Wir müssen uns klar sein: Die Economic Democracy kann von ihren Prinzipien her zu diesem Punkt keine Erfolgsgarantie abgeben. Denn die ED ist eine Marktwirtschaft: Das Wecken der Verbrauchernachfrage liegt im vitalen Interesse jeder Firma – gerade so wie im Kapitalismus. Keine Firma, ob mitarbeitergeführt oder nicht, will, dass die Kunden den Konsum von Produkten der Firma einschränken. Alle Firmen wollen die Nachfrage hoch halten.

Die ED ist kein umweltpolitisches Patentrezept. Jedoch hat sie mehrere Eigenschaften, durch die sie eine nachhaltige Wirtschaft deutlich erreichbarer macht, als es im Kapitalismus der Fall ist. Der größte Unterschied ist, dass der Kapitalismus für seine Existenz Wachstum *benötigt*, die ED dagegen nicht. Jede kapitalistische Firma – und der Kapitalismus als Ganzes – lebt unter der Drohung „wachsen oder vergehen“. In der ED stehen weder die Firmen noch das System als Ganzes unter dieser Drohung. Wie wir gesehen haben, ist es das Bestreben einer florierenden mitarbeitergeführten Firma, keine Marktanteile zu verlieren. Sie ist weniger darauf aus, zu expandieren, vor allem wenn dies mit einer größeren Mitarbeiterzahl verbunden wäre. Eine kapitalistische Firma ist viel aggressiver, weil ihr durch den Sieg über die Konkurrenz und die Einverleibung von deren Markt hohe Zusatzgewinne (für die Eigentümer) winken. Eine Firma in Arbeiterselbstverwaltung kann dagegen mit Nullwachstum sehr zufrieden sein, vor allem wenn der technische Fortschritt dazu verwendet wird, die freie Zeit zu vergrößern und die Arbeit selber interessanter zu gestalten. Und was für die Teile zutrifft, stimmt auch für das Ganze: Eine stationäre Wirtschaft, deren Konsumgewohnheiten über lange Zeit dieselben bleiben, passt sehr gut zusammen mit der ED.

Die ED hat also nicht den eingebauten Wachstumszwang wie der Kapitalismus. Aber um ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen, muss noch mehr geschehen – zumindest auf Seiten der reichen Länder. Denn die Nachhaltigkeit, die wir anstreben, ist eine *gerechte* Nachhaltigkeit, was heißt, dass kein Land einen größeren Anteil der nicht-erneuerbaren Ressourcen verbrauchen darf, oder mehr zur Umweltverschmutzung beitragen darf, als es seinem Anteil an der Weltbevölkerung entspricht. Dies bedeutet unweigerlich, dass der Verbrauch nicht nur nicht wachsen darf, sondern abnehmen muss.

An dieser Stelle kommt die gesellschaftliche Investitionskontrolle ins Spiel. Denn das Zurückfahren des Konsums kann nicht über Nacht geschehen – zumindest nicht ohne schwerwiegende soziale Verwerfungen. Die Konsumgewohnheiten und die Industrien, die diese Gewohnheiten befriedigen, brauchen Zeit zur Veränderung. Dazu kommt, dass ein Teil unseres Konsums zu einer Notwendigkeit geworden ist angesichts der von Menschen gebauten Umwelt. Wir brauchen daher *Investitionen*, um die eingefahrenen Muster und Strukturen zu verändern.

Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Betrachten wir den Autoverkehr in Amerika. Jeder Umweltfachmann weiß, dass das private Auto eine Gefährdung unseres Planeten darstellt und eine Hauptursache für die Luftverschmutzung ist. Aber unsere kommunalen Siedlungen sind so gebaut, dass viele Leute das Auto benutzen *müssen*, um die Funktionen des täglichen Lebens auszuüben. Die Kommunen müssen nicht so gestaltet sein. Wir könnten einen besseren öffentlichen Nahverkehr, mehr Radwege, mehr kleine Supermärkte in der Nähe unserer Wohnungen haben, und mehr ordentliche, bezahlbare Wohnungen in der Nähe unserer Arbeitsstätten. Aber um unsere Kommunen umzugestalten und umzubauen, brauchen wir die nötigen Entwicklungsgelder.

In der ED sind solche Investitionsmittel vorhanden. Denn jedes Jahr finden auf nationaler, regionaler und örtlicher Ebene politische Entscheidungen über die Entwicklungsprioritäten statt – nämlich über die Aufteilung des Investitionsfonds auf

den öffentlichen Sektor und den marktorientierten Sektor, und darüber, welche öffentlichen Projekte finanziert werden sollen. Diese Entscheidungen können ohne die Sorge getroffen werden, wie wohl die „Finanzmärkte“ reagieren werden, oder ob Geschäfte abwandern werden. (Sofern ortsansässige Firmen von möglichen Entscheidungen negativ betroffen sein sollten, kann der Investment-Fonds dazu verwendet werden, die Firmen neu auszurüsten oder anderweitig anzupassen.) Die Aufgabe, unsere Kommunen umzugestalten und an vernünftige Richtlinien für ökologische Nachhaltigkeit anzupassen, wird nicht reibungslos verlaufen, aber wir müssen es ernsthaft versuchen, und können die erfolgreichen Versuche als Modelle verwenden.

Natürlich können wir zum heutigen Zeitpunkt nicht vorhersagen, ob solche Maßnahmen in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit in der ED tatsächlich ergriffen werden. Denn die ED ist ja eine Demokratie – in der die Qualität des „allgemeinen Willens“ von den Meinungen der einzelnen Mitbürger abhängt. Daraus folgt die Bedeutung einer starken und entschlossenen Umweltschutzbewegung, die uns klar macht, dass wir unser Leben ändern müssen, wenn sich unser zerbrechlicher Planet von den schrecklichen Krankheiten erholen soll, die er heute durchmacht, und wenn er die kommenden Krankheiten, die womöglich noch schlimmer sind, vermeiden soll.

Ich glaube, ich bin nicht zu optimistisch, wenn ich annehme, dass die große Mehrheit der Erdbewohner den obigen Darlegungen zustimmen würde – wenn sie nur sicher sein könnten, dass ihre Grundbedürfnisse befriedigt werden, und dass sie auf eine Zukunft mit kürzeren Arbeitszeiten und sinnvollerer Arbeit hoffen können. Beides ist nach Einführung der Economic Democracy realisierbar. Hierin liegt unsere Hoffnung.

1.6 Kapitel 6 „Getting from here to there“

Zusammenfassung auf Seite 18 des Buches:

Wir haben gesehen, dass das ED-Modell eine Reihe von **Reformen** empfiehlt, die sofort angepackt werden können und sollten, bevor der Kapitalismus in eine existenzielle Krise gerät. – Was (jedoch) eine **Revolution** betrifft, so biete ich **zwei verschiedene Szenarios** an für das Hinaustreten aus dem Kapitalismus, hinein in eine echte Economic Democracy.

Und David fährt fort mit einem Verweis auf den alten Marx (S. 18):

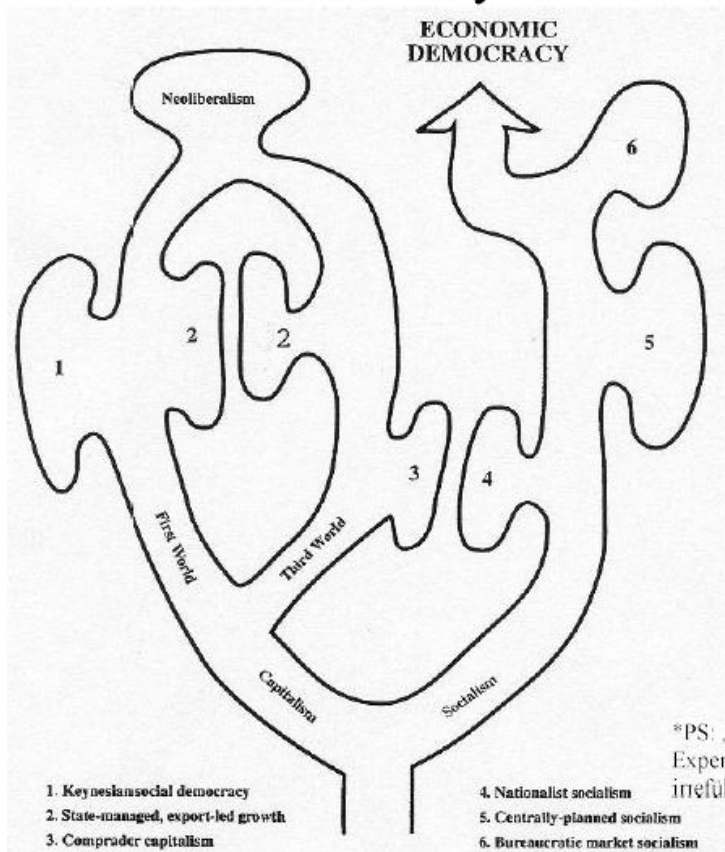
Zusammengefasst kann man sagen, dass „*After Capitalism*“ anknüpft an das *Kommunistische Manifest* (aus dem wir eingangs dieses Kapitels 1 ein Zitat verwendet haben). Meine Meinung ist, dass eine Art „**Neuer Kommunismus**“, der zumindest teilweise inspiriert ist vom ursprünglichen „Manifest“, höchst erstrebenswert wäre.

Gehen wir mal die Teile von Kapitel 6 im Einzelnen durch.

1.6.1 (S. 161:) Kapitel 6.1 „Economic Democracy als Orientierungshilfe“

Hier präsentiert David ein Bild „Figure 6.1: Wirtschafts-Modellversuche im 20. Jahrhundert“.

Twentieth Century Economic Experiments



Die Economic Democracy als Weiterentwicklung bisheriger sozialistischer Experimente. Der kapitalistische, neoliberale Ast ist dagegen eine Sackgasse.

Figure 6.1 des Buches „After Capitalism“ – wiedergegeben in meinen Folien

http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/060705_Achim_AKGrdl_ED%28Ac060704.1646%29.pdf als Folie 12 von 29.

David zeigt im Text, wie das Konzept der ED hilft, die bisherigen Ökonomien des 19. und 20. Jahrhunderts zu verstehen.

1.6.2 (S. 167:) Kapitel 6.2 „Reformen auf dem Weg zur Economic Democracy“

David fordert zu einer Reihe von Reformen auf, die als Schritt in die richtige Richtung gelten können. Welche Reformen er meint, sieht man anhand der Kapitel-Überschriften:

- 6.2.1 Die Ausweitung und Vertiefung der Demokratie am Arbeitsplatz
- 6.2.2 Stärkere gesellschaftliche Steuerung der Investitionen.
 - Ökosteuer und andere Gesetze zugunsten der Umwelt.
 - Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs.
 - Demokratisierung und Regulierung des Bankwesens mit dem Ziel, dass die Zentralbank (in USA: Federal Reserve System) mehr dem Wählerwillen Rechenschaft ablegen muss, und dass die örtlichen Banken den Gemeinden Bericht erstatten müssen.
 - Demokratisierung der Rentenfonds – so dass die Mitglieder und die Gesellschaft bestimmen können, was mit ihrem Geld geschieht.
 - Einführung einer Kapitalsteuer, deren Einnahmen für Investitionen seitens der Kommunen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden.
- 6.2.3 Stärkung des Fairen Handels gegenüber dem Freihandel

- Durch Zölle geschützter fairer Handel anstelle des Freihandels, und zwar dort, wo zwischen den beteiligten Ländern große Unterschiede bestehen hinsichtlich der Arbeitslöhne oder der Umweltschutzbestimmungen.
- Alle Einnahmen aus diesen Zöllen sollen an die armen Länder zurückgegeben werden.

1.6.3 (S. 170:) Kapitel 6.3 „Von der Reform zur Revolution“

David stellt klar, dass die Implementierung der oben genannten Reformen noch keine Economic Democracy darstellt. Am Ende wird doch eine Revolution nötig sein. Hier diskutiert David nun zwei Varianten: **a) eine „radikale und schnelle“ Revolution**, und **b) eine „gefühlvollere“, langsamere Umwälzung**, die Rücksicht nimmt auf die Bindungen, die viele Millionen von Bürgern, zumindest in den USA, an die heutigen finanziellen Einrichtungen im Kapitalismus haben, und die sie nicht ersatzlos verlieren möchten. Beide Arten der Revolution führen aber laut David zur Economic Democracy.

David denkt hier an eine Revolution in den USA.

• 6.3.1 Radikal und schnell

David denkt hier z.B. an einen „Erdrutschsieg“ einer radikalen, linken Partei infolge massiver Wirtschaftskrisen (in den USA). Die neue Regierung würde folgende Gesetze erlassen:

- Erstens: Alle Firmen sind ab sofort von der Verpflichtung befreit, Zinsen oder Dividenden an Privatpersonen oder private Geldinstitute zu zahlen.
- Zweitens: Die juristische Herrschaft über alle Firmen mit mehr als N Mitarbeitern (wobei N eine ziemlich kleine Zahl ist) geht ab sofort in die Hände der Belegschaft über, wobei alle Mitarbeiter gleiches Stimmrecht haben.
- Drittens: Alle Formen müssen eine Einheits-Steuer auf ihr Firmenskapital zahlen (einheitlicher Steuersatz). Die Steuereinnahmen fließen in den „Nationalen Investitions-Fonds.“
- Viertens werden alle Banken in öffentliche, staatliche Banken umgewandelt. Diese öffentlichen Banken werden sodann verpflichtet, Anträge auf Investitionskredite entgegenzunehmen und zu bewilligen mit den Mitteln, die aus dem Nationalen Investitions-Fonds stammen – unter Anwendung der zwei Kriterien: Profitabilität und Schaffung von Arbeitsplätzen.

• 6.3.2 Dasselbe nochmal, aber diesmal mit Gefühl (für die Aktionäre)

Hier diskutiert David, wie man die obigen Maßnahmen (Ende der Zinszahlungen an Private; Vergesellschaftung der Firmen und der Banken usw.) in kleineren Schritten durchführen kann, so dass z.B. kleine Sparer und Kleinaktionäre nicht schlagartig ihr Geldvermögen in den Wind schreiben müssen. Diesen Weg hält David für realistischer, da er vermutlich auf mehr Zustimmung und Verständnis bei der Mehrheit der Amerikaner stoßen könnte.

1.6.4 (S. 177:) Kapitel 6.4 „Ein neuer Kommunismus?“

Hier behauptet David, dass die Economic Democracy – obwohl sie das persönliche Privateigentum bestehen lässt und obwohl sie den Markt, die Ware und das Geld als Mittel der Ökonomie bestehen lässt, bei Licht besehen genau die Ziele verwirklicht, von denen die Kommunisten immer geträumt haben:

- Verringerung des Reichs der Notwendigkeit;

- Vergrößerung des Reichs der Freiheit;
- Überwindung der Armut
- Aufhebung der Klassengesellschaft:
- Absterben der staatlichen Gewalt, da die nicht mehr benötigt wird, um das Privateigentum an Produktionsmitteln gegen die vielen Mittellosen zu verteidigen.

Diese Schlussfolgerung, dass die ED, als „Marktsozialismus“, genau das wäre, was Marx eigentlich immer anstrebte, ist natürlich eine gewagte Hypothese, die innerhalb der Marxisten zunächst auf großen Widerspruch stoßen wird. Es gibt im Internet lebhaftere Diskussionen in sozialistischen Kreisen, inwiefern ein „Marktsozialismus“ als Sozialismus oder gar Kommunismus gelten kann oder nicht; Schweickart erwähnt hierzu ein Buch von Bertell Ollmann, 1998 ([MS1998]), siehe Literaturverzeichnis am Anfang dieses Aufsatzes.

1.7 Ende – „Über den Autor“ / „About the author“

Das Buch „After Capitalism“ (2002) endet mit der folgenden kurzen Beschreibung des Autors:

David Schweickart ist Professor für Philosophie an der Loyola Universität Chicago. Er hat je einen Dokortitel in Mathematik und Philosophie. Er ist Autor von „Kapitalismus oder Arbeiter-Herrschaft (englisch: worker control): Eine moralische und ökonomische Bewertung“, „Gegen den Kapitalismus (Against Capitalism)“ und zahlreicher Artikel über gesellschaftliche, politische und ökonomische Fragen der Philosophie. Seine Werke wurden ins Französische, Spanische, Katalanische und Chinesische übersetzt.

2 Sekundärliteratur: Mehr über die ED und David Schweickart

2.1 Zusammenfassung der *Economic Democracy* auf der englischen Wikipedia

(http://en.wikipedia.org/wiki/David_Schweickart):

In *After Capitalism* and other works, Schweickart has developed the model of [market socialism](#) he refers to as "[economic democracy](#)". It embodies several key ideas:

- Workplace self-management, including election of supervisors
- Management of capital investment by a form of public banking
- A [market](#) for goods, [raw materials](#), instruments of production, etc.
- Protectionism to enforce trade equality between nations

The firms and factories are owned by society and managed by the workers. These enterprises, so managed, compete in markets to sell their goods. [Profit](#) is shared by the workers. Each enterprise is taxed for the capital they employ, and that tax is distributed to public [banks](#), who fund expansion of existing and new industry.

Deutsche Übersetzung (von Achim):

In „After Capitalism“ (in etwa: „Was kommt nach dem Kapitalismus?“) und anderen Werken hat Schweickart das Modell eines Marktsozialismus entwickelt, das er als „Economic Democracy“ (in etwa „Wirtschaftsdemokratie“) bezeichnet. Das Modell umfasst folgende Schlüsselkonzepte:

- Arbeiter-Selbstverwaltung, was auch die Wahl der Vorgesetzten beinhaltet
- Verwaltung der Kapitalinvestitionen durch ein System von öffentlichen Banken
- Einen Markt für Waren, Rohstoffe, Produktionsmittel usw.
- Protektionismus zur Herstellung von Handelsgleichheit zwischen den Nationen.

Die Firmen und Fabriken sind gesellschaftliches Eigentum, das von den Arbeitern gemanagt wird. Diese Unternehmen, mit diesem Management, treten auf dem Markt in Wettbewerb, um ihre Produkte zu verkaufen. Die Gewinne gehören den Arbeitern. Jedes Unternehmen wird entsprechend dem Kapital, das sie anwenden, besteuert; die Steuereinnahmen werden an ein System öffentlicher Banken übergeben, welche die Gelder einsetzen, um Erweiterungen bestehender und die Schaffung neuer Wirtschaftszweige zu fördern.

Die deutsche Wikipedia (<http://de.wikipedia.org/>) hat bisher keinen Eintrag zu David Schweickart.

3 Meine 6 Fragen aus der Ankündigung meines Attac-Vortrags am 17.3.11

3.1 Was sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der ED und der GWÖ?

Die folgende Tabelle ist eine Gegenüberstellung der Economic Democracy (ED) und der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) anhand von 14 Kriterien. Es zeigt sich, dass die beiden Modelle in 10 Kriterien stark übereinstimmen und nur in 4 Punkten deutliche Unterschiede aufweisen, nämlich in den Punkten (1) Förderung des Gemeinwohls und der Kooperation (wo die GWÖ die **Gemeinwohlpunkte** einsetzt, während die **ED mehr Vertrauen** in die Genossenschaften und den Markt hat); (2) Wo kommt das Geld für Investitionskredite her? (3) Außenhandels-Beziehungen, (4) Geistige Wurzeln, und (5) Neuer, altruistischer Mensch nötig?

	<i>Economic Democracy</i>	<i>Gemeinwohl-Ökonomie</i>	<i>Fazit</i>
Markt, Eigentum	Warenmarkt ja; Beschränkung des Privateigentums an Produktionsmitteln.	Warenmarkt ja; Beschränkung des Privateigentums an Produktionsmitteln.	Übereinstimmung
Finanzmarkt, Börse, Aktiengesellschaften	Abgeschafft	Abgeschafft	Übereinstimmung
Bankwesen	„National Investment Fund“ mit regionalen Filialen	Demokratische Bank mit regionalen Filialen	Übereinstimmung. Es ist ein Kernpunkt sowohl bei ED als auch GWÖ .
Privates Firmeneigentum (große Firmen)	Arbeiter-Selbstverwaltung	Genossenschaften, Mitarbeiterunternehmen, aber auch Eigentum der Gesellschaft	Übereinstimmung (im Prinzip). In der ED ist dies ein Kernpunkt , in der GWÖ weniger.
Kleine Firmen	Dürfen konventionell weitermachen (Lohnarbeit etc)	Firmen mit weniger als 5000 Mitarbeitern nur teilweise vergesellschaftet	Übereinstimmung (im Prinzip)

	Economic Democracy	Gemeinwohl-Ökonomie	Fazit
Lohnarbeit	Soll weitgehend verschwinden	Das Wort kommt nicht vor (oder?)	Übereinstimmung, aber: ED: Kernpunkt! GWÖ: Weniger klar.
Zins?	Investitionskredite: Zinslos. Privatkredite (Bausparen etc.): Zins ist zulässig.	Zins soll auf 0 fallen. Bank darf nur „Bearbeitungsgebühr“ verlangen.	Übereinstimmung im Prinzip: Zins-einnahmen sollen verschwinden.
Vermögensbegrenzung, Umverteilung	Diverse Maßnahmen gegen große Vermögen.	Diverse Maßnahmen gegen große Vermögen.	Übereinstimmung (im Prinzip)
Einkommensspreizung	Ziel: Ende der Einkommen aus Vermögen. – Reduzierte Spreizung bei Einkommen aus Arbeit.	Ziel: Ende der Einkommen aus Vermögen. – Reduzierte Spreizung bei Einkommen aus Arbeit.	Übereinstimmung (im Prinzip)
Geldreform?	Keine Notwendigkeit dafür.	Kein Schwerpunkt. Regionalgeld wird aber wohlwollend betrachtet.	Übereinstimmung (im Prinzip)
Förderung des Gemeinwohls und der Kooperation	Kreditvergabe durch Regionalbank soll Gemeinwohlaspekte im Auge haben (z.B. Schaffung von Arbeitsplätzen).	Genauere Vorgaben: „Gemeinwohlpunkte“ und Gemeinwohlbilanz anstelle finanzieller Bilanz. Belohnung für Gutverhalten durch die Kunden und die Dem. Bank.	Gleiche Richtung, aber Unterschied: ED: Überlässt es den Firmen und der Bank. GWÖ: Kernpunkt! Zurückdrängen des Finanzgewinns.
Wo kommt das Geld für Investitionskredite her?	„Kapitalsteuer“, von allen Firmen an die Regionalbank anzuführen. – Privates Sparen ist zweitrangig.	Annahme, dass private Spareinlagen ausreichen (wenn ich es richtig verstanden habe).	Unterschied: ED: Spareinlagen durch Besteuerung. GWÖ: Unklar.
Außenhandels-Beziehungen	„Socialist protectionism“: Zölle; Verwendung der Einnahmen zur Entwicklungshilfe	(Keine Angaben)	Unterschied: ED hat eine Lösung; GWÖ hat sich nicht geäußert.
Geistige Wurzeln	D.S. sieht die ED als Folgerung aus dem Historischen Materialismus (Marx), und 100 Jahren Sozialismus-Versuchen.	Chr. Felber kommt vom Spiritismus.	Unterschied: ED: „Das Kapital, Band 4“ ?. GWÖ: Geht von „neuen Werten“ aus.
Neuer, altruistischer Mensch nötig?	Nein – David betont, dass wir keinen neuen Altruismus brauchen: Im Gegenteil: Der Normalmensch soll sein Bedürfnis nach Wohlstand und Freizeit gegen seine Ausbeuter durchsetzen	Ja – Christian meint, der Mensch ist durch den Kapitalismus verdorben und muss sein Bedürfnis nach Kooperation und „gelingenden Beziehungen“ zur Geltung bringen.	Unterschied

3.2 Wie geht die ED gegen Arbeitslosigkeit vor? Wird die Arbeit in der ED fair verteilt sein?

Die Arbeitslosigkeit sollte in der ED zurückgehen; **Vollbeschäftigung soll erreicht werden** durch:

- **Kreditvergabe** bevorzugt an Firmen, die Jobs schaffen.
- **Wegfall des Zwangs zum Abführen maximaler Profite/Zinsen** an Kapitalgeber – dadurch sind auch Firmen mit niedrigen Gewinnen noch rentabel und können sich bei nachteiliger Produktivität/Effizienz noch am Markt halten.
- **Mehr Gemütlichkeit in der Arbeit, keine Beschimpfung als „low performer“:** Durch den Wegfall des Zwangs zur Rentabilitätsmaximierung (um privaten Investoren zu gefallen) tritt eine „neue Gemütlichkeit“ in der Arbeitswelt ein. Dadurch können auch bedächtiger Mitarbeiter in der Belegschaft gehalten werden und werden nicht mehr als „low performer“ entlassen wie heute.
- **„Low performer“ werden nicht entlassen sondern verdienen nur weniger.** Desgleichen Teilzeitarbeiter. Sie verdienen weniger als vollzeitarbeitende Spitzenkräfte, bleiben aber in der Belegschaft. Und da das Lohnniveau allgemein höher sein wird, reicht ein reduzierter Lohn immer noch für ein gutes Leben aus.
- **Wettbewerbsausgleich durch die Regionalbank:** Sie hat – wie die Caja Laboral in Mondragon – die Möglichkeit, Supergewinne wegzusteuern und schwächere Firmen zu fördern: Schaffung gleicher Produktionsbedingungen.
- **Sozialverträgliche Einführung neuer Technologien:** Wenn eine Firma einen Produktivitätssprung macht durch eine neue Technik, dann kann die Regionalbank dafür sorgen, dass sich diese Technik allgemein ausbreitet und die Arbeitsteilung so angepasst wird, dass nur Nutzen und kein Schaden aus der neuen Technik entsteht. (Der Weberaufstand im 19. Jahrhundert wäre überflüssig gewesen, wenn damals bereits die ED anstelle des Kapitalismus existiert hätte.) – Ähnlich wie die Branchen-Kooperation in der GWÖ.
- **Arbeitszeitverkürzung durch bessere Bezahlung der Arbeit:** Die Arbeit wird besser bezahlt, da sämtliche Gewinne den Arbeitenden gehören. Daher können sie auch bei reduzierter Arbeit (mehr Urlaub, frühere Rente) gut leben und werden dies logischerweise anstreben. Sie haben auch die Möglichkeit, die kürzere Arbeitszeit durchzusetzen: Sie sind ja **ihre eigenen Arbeitgeber**.
- **Arbeitszeitverkürzung führt zu mehr Nachfrage nach Arbeitskräften und fairer Verteilung der Arbeit:** Durch den Wegfall der Kapitalprofite wird Arbeit besser bezahlt, daher wird Arbeitszeitverkürzung für viele attraktiv; dadurch sind die Firmen auch auf Teilzeitkräfte und Ältere angewiesen, um die Arbeit zu erledigen.

3.3 Davids Überlegungen zur Einführung der ED: Auf einen Schlag, oder Schritt für Schritt? Revolution oder Evolution?

Siehe Abschnitt 1.6 dieses Aufsatzes = Kapitel 6 des Buches, hier oben.

3.4 Was sieht die ED vor, um sich gegen Angriffe aus dem kapitalistischen Umland zu wehren (falls die Befreiung vom Kapitalismus zunächst nur regional gelingt)?

Siehe oben, Abschnitt 1.3.7 dieses Aufsatzes = Kapitel 3.5 des Buches, Stichwort „Fairer Handel“ und „Sozialistischer Protektionismus“.

3.5 Wo steht die ED aktuell? Gibt es Erfolge zu melden?

- David hält seit 20 Jahren Vorträge weltweit (leider bisher noch nicht in Deutschland). Siehe Kapitel „Links“ und „Videos“ weiter oben.

- Amerikanische Stahlarbeiter haben kürzlich (Okt. 2009) einen Kooperationsvertrag mit der Kooperative Mondragon geschlossen. David weist darauf hin am Ende seiner Uppsala-Vortragsfolien. Siehe „Videos“ (oben).

Die praktischen Erfolge der ED sind jedoch noch zu wenig.

- Kann Attac helfen?
- Ich habe David eingeladen, nach Deutschland zu kommen und uns einen Vortrag zu halten, z.B. diesen Sommer (2011). Er will es in Betracht ziehen.

3.6 Wäre die ED eine mögliche „andere Welt“ im Sinne von Attac? Können wir die ED und die GWÖ gemeinsam voranbringen – diesseits und jenseits des Atlantiks?

Vorschlag:

- Das Beste aus ED und GWÖ herauskristallisieren und als Modell der anderen Welt, die Attac anstrebt, beschließen.
- Dann beidseits des Atlantiks daran arbeiten, dass diese **Attac-ED-GWÖ** Wirklichkeit wird: **Von Nord- und Südamerika über Europa/Afrika bis China, Japan und Australien.**

Fangen wir in Wien, München und Chicago an!

4 Die 21 Fragen aus dem AK ArbeitFairTeilen am 17.3.2011

4.1 Nettogewinn

Frage: Dürfen die Firmen den Nettogewinn, nach Zahlung der Kapitalsteuer und sonstiger Steuern, als Gehalt an die Genossen auszahlen?

Achims Antworten:

- 1) **Ja.** Siehe Kapitel 1.3.1 dieser Schrift. Je erfolgreicher die Genossenschaft (finanziell gesehen) arbeitet, je mehr Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben sie hat, desto höher fallen die Gehälter der Mitarbeiter aus. Dies ist ein gewünschter Anreiz für die Genossenschaft, effizient und bedarfsorientiert zu arbeiten und die Wünsche der Kunden ernst zu nehmen.
- 2) Auch in der **Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) von C. Felber** sind Gewinnausschüttungen an die Mitarbeiter erlaubt – solange sie nicht das 20fache des Mindestlohns übersteigen:
 - In <http://www.christian-felber.at/schaetze/gemeinwohl.pdf> steht: „6. **Bilanzielle Überschüsse** dürfen verwendet werden für: ... Ausschüttungen an die MitarbeiterInnen (bis zum 20-fachen des Mindestlohns) ...“
 - In <http://www.christian-felber.at/artikel/pdf/brennstoff21.pdf> heißt es: „**Gewinne** dürfen nur noch für klar definierte Zwecke ... eingesetzt werden. **Ausschüttungen**, Fusionen und Finanzinvestitionen werden ... **begrenzt** oder unterbunden.“ (Achim ergänzt: Mit „begrenzt“ ist offenbar das 20fache des Mindestlohns gemeint, und das Verbot der Ausschüttung an Externe.)

4.2 Nähe zur Planwirtschaft?

Frage: Der Nationale Investment Fonds mit seinen regionalen Filialen hat sehr viel Macht, da er über alle Kredite entscheidet. Geht das nicht schon in Richtung Planwirtschaft?

Achims Antworten:

- 1) Der **Nationale Investment Fonds** und seine regionalen Niederlassungen werden immerhin demokratisch kontrolliert – gerade so wie die **Demokratische Bank in der GWÖ**.
- 2) Die Geldverteilung vom nationalen Fonds an die Regionen ist gesetzlich definiert: Die Gelder werden **entsprechend der Bevölkerungszahl** an die Regionen verteilt, so dass Willkür an dieser Stelle ausgeschlossen ist.
- 3) Der **Nationale Investment Fonds** bestimmt **nur über Neuinvestitionen** und greift nicht in die Gewinnermittlung der einzelnen Firmen ein. Er ist somit wesentlich **zurückhaltender als die Demokratische Bank** in der GWÖ, die sich jedes Jahr die „Gemeinwohlbilanz“ aller Firmen vorlegen lässt und dann eine finanzielle Belohnung oder Bestrafung der Firmen vornimmt anhand der Gemeinwohlpunkte. Wenn hier die Gefahr der Planwirtschaft gesehen wird, ist das in der GWÖ mehr zu befürchten als in der ED.
- 4) Die **lokalen Banken**, die letztlich das Geld an die Firmen verteilen, sind selbständig und stehen sogar **in Konkurrenz zueinander**; sie unterstehen nicht dem Investment Fonds. Der Fonds gibt das Geld derjenigen lokalen Bank, die bisher das Beste daraus gemacht hat zugunsten der Bevölkerung. – Dies hat also mit Planwirtschaft nichts zu tun. – Siehe oben, Kapitel 1.3.3 „Gesellschaftliche Investitionskontrolle“. – **In der GWÖ gibt es solchen Wettbewerb unter den örtlichen Banken nicht, daher ist die GWÖ in diesem Punkt näher an der Planwirtschaft als die ED.**

4.3 Wichtige Projekte, die keinen Gewinn bringen

Frage: Kommen nicht-gewinnbringende Aufgaben, z.B. eine Gewässer-Renaturierung, in der ED zu kurz, weil die Genossenschaften nach wie vor auf Gewinn achten?

Achims Antwort:

- In der ED gibt es neben dem privatwirtschaftlichen (genossenschaftlichen) Sektor einen **öffentlichen Sektor**. Die öffentliche Hand ist z.B. zuständig für kostenlose Schulen – und auch für die Pflege der Natur, wenn hierfür keine privaten Gelder aufzutreiben sind. Dabei können solche öffentlichen Projekte auch ausgeschrieben und an Privatfirmen (Genossenschaften) vergeben werden. – Siehe oben, Kapitel 1.3.3 „Gesellschaftliche Investitionskontrolle“.

4.4 Demokratische Kontrolle der Banken

Frage: Wie werden die nationale Investment-Bank und die Regionalbanken demokratisch kontrolliert?

Achims Antworten:

- 1) Der Nationale Investment-Fonds wird vom Landesparlament kontrolliert; die Regionalbanken werden von den Regionalparlamenten kontrolliert.
- 2) Die Banken müssen sich an gesetzliche Vorhaben halten – Gelder aus dem Investitionsfonds müssen im Land und in den Regionen verwendet werden. Eine Spekulation auf ominösen Finanzmärkten ist ausgeschlossen, weil es in der ED keine Finanzmärkte mehr gibt und freien Kapitalverkehr über die Grenzen hinweg ebenfalls nicht.
- 3) Bei der Verteilung der regionalen Gelder aus dem Investitionsfonds an die lokalen Banken wird geprüft, wie gut diese Banken in der Vergangenheit die Gelder aus dem Investitionsfonds verwendet haben, um in ihrem Einzugsbereich die Wirtschaft zu fördern und für Vollbeschäftigung zu sorgen. Die zu verteilenden Investitionsgelder gehen dann bevorzugt an solche Banken, die sich in der Vergangenheit bewährt haben.

- 4) Siehe Abschnitt 1.3.3 „Gesellschaftliche Investitionskontrolle“ und Kapitel 3.1 des Buches „After Capitalism“.

4.5 Umgang mit Schwangeren

Frage: Umgang mit Schwangeren; Behandlung älterer oder schwächerer Kollegen: Üben die Genossen ausreichend Rücksicht beim Umgang mit Schwangeren und gegenüber älteren oder schwächeren KollegInnen?

Achims Antworten:

- 1) Die Rücksicht gegenüber den genannten Personen wird in einer Genossenschaft vermutlich besser sein als in einer kapitalistischen Firma, wo es nur nach den Gewinninteressen der Anleger geht, die ja im allgemeinen keine persönliche Beziehung zu den Mitarbeitern haben – im Gegensatz zu den Genossen, die sich täglich am Arbeitsplatz begegnen und hoffentlich auch Freundschaft untereinander pflegen.
- 2) Ich denke, es wird ähnlich laufen wie in jeder ordentlichen Demokratie, in welcher Minderheitenschutz und ein Schutz der Schwächeren selbstverständlich dazugehört.

4.6 Steady-State-Economy (stationäre Wirtschaft): Was passiert mit dem Investitionsfonds?

Frage: Falls die ED in ein Nullwachstum, also in eine Steidl-State-Economy ohne Neuinvestitionen, einschwenkt: Wird dann der Investitionsfonds auf 0 fallen und damit gänzlich unwirksam werden?

Achims Antworten:

- 1) **Ja** – nach strenger Auslegung der ED-Prinzipien dient der Investitionsfonds nur den Neuinvestitionen. In einer **Steidl-State-Economy, also einer Wirtschaft mit Nullwachstum**, bleibt die Produktionsmenge und die investierte Kapitalmenge konstant; es gibt keine neuen Investitionen mehr, sondern nur noch Ersatzinvestitionen. Das heißt, der Nationale Investitionsfonds wird auf 0 reduziert und die Firmen brauchen keine Kapitalsteuer mehr an den Investitionsfonds zu zahlen.
- 2) Dann fällt allerdings die Umverteilungsfunktion zwischen den Regionen, Kommunen und zwischen den Firmen weg, die ansonsten, solange es Neuinvestitionen gibt, durch die Kapitalsteuer und die gerecht verteilten Investitionen stattfindet.
- 3) **Meine (Achims) persönliche Ansicht ist:**
 - a. Der Fall ist einerseits ziemlich hypothetisch. Auch in einer alternativen Wirtschaft wird man den technologischen Fortschritt und die Neuinvestitionen nicht gänzlich auf 0 drehen. Man wird z.B. nicht aufhören, die Energieeffizienz der Produktion weiter zu verbessern und den Ressourcenverbrauch weiter zu minimieren.
 - b. Aber **ich habe Zweifel, ob der öffentliche Investitionsfonds nur für Neuinvestitionen dienen soll**. Ich denke, er muss auch als Instrument der Umverteilung genutzt werden – um z.B. krasse Wettbewerbsunterschiede zwischen Firmen (z.B. weil eine Firma eine Erfindung gemacht hat, die ihr gegenüber Mitbewerbern großen Vorteil bringt) auszugleichen – und zwar auch in einer Steidl-State-Situation, wo es insgesamt kein Wirtschaftswachstum mehr gibt. – Ich bin noch am **Überlegen, wie man den Mechanismus der Kapitalsteuer und der Kreditvergabe durch den Investitionsfonds in der ED umgestalten sollte**, damit er auch in einer Wirtschaft ohne Wachstum noch die nötige Ausgleichsfunktion zwischen „reichen“ und „armen“ Firmen bzw. Regionen erfüllen kann.

- c. Ich sehe also noch **Gestaltungsbedarf (Verbesserungsmöglichkeiten)** bei den Details des öffentlichen Investitions-Mechanismus.

4.7 **Import von Billigprodukten**

Frage: Die ED verwendet zwar Zölle und den „Sozialistischen Protektionismus“, um sich gegen Billigprodukte aus armen Niedriglohnländern zu wehren. Billigprodukte können aber auch aus hochentwickelten, extrem wettbewerbsfähigen Ländern kommen. Hilft da ebenfalls der „sozialistische Protektionismus“?

Achims Überlegungen hierzu:

- 1) Das sollten wir **mit David Schweickart direkt diskutieren**. Ich glaube, dieser Fall wird im Buch nicht angesprochen. David diskutiert nur den Fall, wo der Import von Billigprodukten aus Ländern droht, in denen die Bevölkerung in Armut lebt und die **sozialen Standards und die Umweltstandards niedrig** sind.
- 2) Billigprodukte können aber **auch von Ländern stammen, die „reich“ sind und eine hohe Produktivität erzielen** durch modernste High-Tech-Fabriken usw. Ein Beispiel ist der Handel zwischen Deutschland und Griechenland: Deutschland kann aufgrund seines hohen Standards der Produktionstechnologien Exportgüter wie Werkzeuge, Maschinen, Fahrzeuge, Chemieprodukte und sogar eine Reihe von Agrarprodukten zu einem Preis herstellen, wie es in Griechenland kostendeckend nicht möglich ist, weil die dortigen Produktionsanlagen und Produktionsmethoden um Jahre hinterherhinken. Wenn sich nun Griechenland mit Zöllen oder anderem „sozialistischen Protektionismus“ gegen die Einfuhr der Waren aus Deutschland zur Wehr setzt, ist wenig geholfen: Griechenland schadet sich damit vielleicht noch mehr als wenn es die Waren aus Deutschland hereinlässt. Also stellen sich die Fragen:
- 3) **Kann eine ED sicherstellen, dass sie** – nach Abschaffung der Lohnarbeit und der Ausbeutung der Arbeit und trotz Beendigung des Wachstumszwangs – **in ihrer Arbeitsproduktivität nicht gegenüber dem kapitalistischen Umland zurückfällt?**
- 4) **Kann die ED es sich leisten, weniger zu investieren** als die kapitalistischen Länder?
- 5) **Wie kann sich die ED wehren** gegen die Konkurrenz aus Ländern, deren Produktivität schneller wächst als in der ED?
- 6) **Wie kann die ED vermeiden, in eine Situation zu geraten** wie heute Griechenland gegenüber Deutschland, oder bis 1990 der realsozialistische Ostblock gegenüber dem Westen?
- 7) Nötig wäre hier wohl ein **Produktivitätsausgleich**: Deutschland müsste einen Teil seiner Produktionsstätten in andere Länder verlagern, um dort die Produktivität zu erhöhen und den Wettbewerbsunterschied zwischen den Ländern zu verringern. – Aber **wie kann man die „reichen“ Länder dazu bringen, von ihrer Produktivität etwas abzugeben?** – Vielleicht ist der einzige Weg, dass man **die Bevölkerung der reichen Länder dazu bringt, eine Revolution im eigenen Land** zu machen. Aber wie kann man die Menschen in einem „reichen“ Land zur Revolution überreden? **Reicht das Bewusstsein der Menschen in einem reichen kapitalistischen Land so weit, dass sie trotz des relativen Wohlstands, in dem sie sind, eine andere, solidarische und weniger aggressive Wirtschaft wollen?**

4.8 **Wie geht man mit Ungleichheiten um?**

Frage: Wie geht die ED mit Ungleichheiten um, bezogen auf das Lohnniveau zwischen Ländern/Regionen/Firmen, oder bezüglich der Kapitalintensitäten? Z.B. zwischen EU und Afrika? Ist die ED hier für Ausgleich – oder für eine Abgrenzung der Regionen und eine Trennung der Wirtschaftskreisläufe?

Vorschlag: David Schweickart fragen.

4.9 Ist die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Vorbild?

Frage: Können wir die staatliche KfW in Deutschland, die aus Steuermitteln Kredite an Projekte und Regionen vergibt, die gefördert werden sollen, bereits als Vorläufer des Nationalen Investitions-Fonds der Economic Democracy sehen?

Achims Antworten:

- 1) Im Prinzip ja (vermutlich); allerdings gibt es für die KfW meines Wissens keine Verpflichtung, alle Regionen im Land gleichmäßig zu fördern – und sie hat natürlich nur ein geringes Kreditvergabevolumen im Vergleich zu den ganzen Privatbanken heutzutage. **Ob man die KfW zu einem Investitionsfonds im Sinne der ED umgestalten kann, bleibt zu untersuchen.**

4.10 Neuinvestitionen auch aus eigenen Mitteln der Firmen? Gefahr der Entkopplung vom demokratisch gesteuerten Investitionsfonds?

Frage: Können die Firmen der ED ihre Gewinne dazu verwenden, um aus eigener Kraft Neuinvestitionen, Expansionen und Rationalisierung durchzuführen? Wenn ja: Heißt das, dass der Nationale Investitionsfonds gar nicht die volle Kontrolle über die Höhe der Neuinvestitionen im Lande hat? Besteht hier die Gefahr, dass doch wieder ein unerwünschter, unkontrollierter Innovationswettbewerb, ein „Rattenrennen“, zwischen den Firmen ausbricht?

Achims Antwort:

- 1) Nach meinem Verständnis der ED: Ja, das kann passieren. **Jede Genossenschaft kann ihre Nettogewinne frei verwenden:** Für Ausschüttungen, aber **auch für Neuinvestitionen.**
- 2) Das ist übrigens **in der GWÖ auch** so: In <http://www.christian-felber.at/schaetze/gemeinwohl.pdf> steht: **Bilanzielle Überschüsse dürfen verwendet werden für: Investitionen** (mit sozialem und ökologischem Mehrwert), Rückzahlung von Krediten, ...“
- 3) Das heißt: Der Nationale Investitionsfonds kann Investitionen zwar fördern – er kann sie aber nicht begrenzen oder verhindern. Falls z.B. demokratisch beschlossen wird, die Kapitalsteuer, also die Einnahmen des Investitionsfonds, auf 0 zu senken und die Auszahlungen des Investitionsfonds zu beenden, mit dem Ziel, in eine Steady-State-Economy (stationäre Wirtschaft) einzuschwenken, dann sind eigenmächtige Neuinvestitionen der Genossenschaften dennoch nicht unterbunden.
- 4) Die Gefahr ist in dieser Situation, dass sich das Investitionsgeschehen vom Nationalen Investitionsfonds entkoppelt und wir am Ende wieder das Rattenrennen zwischen den Firmen haben, wie wir es vom Kapitalismus kennen.
- 5) Ich (Achim) sehe hier die **Notwendigkeit zusätzlicher Ausgleichsmaßnahmen zwischen „armen“ und „reichen“ Firmen bzw. Regionen,** über die Maßnahmen des Investitionsfonds hinaus, wie er bisher von David vorgeschlagen ist – **damit niemand mehr allein um des Überlebens willen zu ständigen Neuinvestitionen gezwungen ist.**

4.11 Selbstausbeutung der Genossenschaften?

Frage: Besteht nicht in der ED die Gefahr, dass sich die Genossenschaften selber ausbeuten wegen des Wettbewerbsdrucks, dem sie unterliegen?

Achims Antwort:

- 1) Ja, diese Gefahr sehe ich. Wie bei der Frage „Neuinvestitionen aus eigenen Mitteln“ geschildert, besteht die Gefahr eines „Rattenrennens“ zwischen den Firmen, allein wegen der Existenzangst der Firmen.

- 2) Das ED-Modell versucht meines Erachtens, durch die Kreditvergabe mittels des Investitionsfonds dafür zu sorgen, dass keine Firma oder Region ins Hintertreffen gerät. Aber wie oben geschildert, ist das vermutlich noch nicht ausreichend.
- 3) Wir sollten prüfen, ob wir die **Ausgleichsmechanismen, mit denen in der ED schwächere Firmen aufgepäppelt und mächtige Firmen herunter gebremst werden können, noch verbessern müssen**. Das ist auch ein Punkt, der **mit David direkt** diskutiert werden sollte.

4.12 Lohnarbeit: Ist sie denn so schlecht?

Frage: Die ED will die Lohnarbeit abschaffen und alle Arbeiter zu Teilhabern und Mitbestimmern machen. Geht das nicht zu weit? Hat denn nicht die Lohnarbeit auch Vorteile für die Arbeiter?

Achims Antworten:

- 1) Die **Vorteile der Lohnarbeit** (z.B.: Regelmäßiges, garantiertes Einkommen unabhängig vom momentanen Firmenerfolg; geregelte Arbeitszeiten) können **auch in einer Genossenschaft** gewährt werden. Z.B. glaube ich, dass es auch in Mondragón unter den tausenden Mitarbeitern viele gibt, die nur ihren täglichen Job verrichten und die Firmenpolitik anderen überlassen.
- 2) Entscheidend bei der Abschaffung der Lohnarbeit ist nicht, dass jeder Mitarbeiter nun am unternehmerischen Risiko beteiligt ist und über die Firmenstrategie nachgrübeln muss, sondern: dass **die Gewinne den Mitarbeitern zustehen** und nicht mehr irgendwelchen Kapitaleigentümern. Der Zwang, ständig Profite an Kapitalanleger abzuführen, ist beseitigt. Dies bedeutet eine **bessere Bezahlung der Arbeit**. Außerdem besteht nicht mehr die Gefahr des Firmenverkaufs und der Kapitalflucht durch fremde Eigentümer.
- 3) Die Vorteile der Lohnarbeit (z.B. garantiertes monatliches Einkommen) können also in der Genossenschaft erhalten bleiben; die Nachteile sind aber überwunden.

4.13 Zum Vergleich: Was macht die GWÖ mit dem Gewinn?

Frage: In der ED kann der Gewinn für Ausschüttungen an die Genossen verwendet werden, aber auch für Investitionen usw. Ist das in der GWÖ auch so?

Achims Antworten:

- 1) Ja, im Prinzip ist **nur wenig Unterschied zwischen der Verwendung des Gewinns in der ED, und der Verwendung des „Bilanzgewinns“ in der GWÖ** – siehe die Zitate zur Frage „Nettogewinn“ oben.
- 2) In der GWÖ wird zwar betont, dass der finanzielle Bilanzgewinn nur noch eine Nebenrolle spielen soll gegenüber der neuen Hauptbilanz, der „Gemeinwohlbilanz“. Aber das ändert nichts daran, dass es auch in der GWÖ einen finanziellen Gewinn gibt, der investiert oder ausgeschüttet werden kann.

4.14 Warum ist Achim von der ED so fasziniert?

Frage: Warum ist Achim von der ED so fasziniert, obwohl das „Gemeinwohl“ in der ED nicht so hoch geschätzt wird wie in der GWÖ?

Achims Antworten:

- 1) **Ich finde die ED aus folgenden Gründen so angenehm:**
 - a. **Saubere Kritik am Kapitalismus im Unterschied zur Marktwirtschaft.**
David Schweickart sieht wie ich die Quelle des Übels darin, dass das Kapital im Kapitalismus – als Folge eines **falsch verstandenen Begriffs von Privateigentum** – in Händen einer **eigenständigen Kapitaleigentümerklasse** ist anstatt in den Händen der breiten Bevölkerung. Konsequenterweise will er das **Privateigentum an Produktionsmitteln abschaffen sowie**

die Lohnarbeit – aber nicht den Markt für Konsum- und Investitionsgüter mit seinem Mechanismus von Angebot und Nachfrage.

- b. **Beibehaltung des Nutzens der finanziellen Gewinnrechnung in der Marktwirtschaft:** „Finanzieller Gewinn“ ist in der ED kein Schimpfwort, schreibt David. Christian Felber ist im Gegensatz zu David negativ gegenüber finanziellem Gewinn eingestellt: Christian meint, Gewinne könne man genauso gut durch Schädigung von Mensch und Natur erzielen wie durch Befriedigung von Kundenwünschen, so dass der Finanzgewinn nichts darüber aussagt, ob eine Firma die Bedürfnisse der Menschen erfüllt hat oder nicht, und ob sie zum Gemeinwohl beigetragen hat oder nicht. Ich denke, C. Felber geht hier zu weit: Er hat aus meiner Sicht zu wenig Vertrauen in den Marktmechanismus.
 - c. David betont mit Recht, dass der **Markt ein Element der Demokratie** sein kann, wenn nur alle Menschen sich gleichermaßen beteiligen können: Die Abstimmung mit den Füßen und mit dem Geldbeutel, die der Markt den Menschen ermöglicht, ist sehr wirksam. Gesonderte bilanztechnische Maßnahmen zur Förderung des Gemeinwohls sind daher weitgehend unnötig.
 - d. **Zuviel Bürokratie in der GWÖ:** Ich glaube, dass die Aufstellung der detaillierten Gemeinwohl-Punktematrix, die in der GWÖ eine zentrale Rolle spielt, eine Bürokratie darstellt, die mehr Nachteile als Vorteile bringt.
 - e. **Arbeiterdemokratie und gesellschaftliche Investitionskontrolle sind ausreichend:** Die ED geht davon aus, dass es ausreicht, Demokratie am Arbeitsplatz einzuführen, verbunden mit der Ablösung privater Investoren durch den Nationalen Investitionsfonds. David vertraut auf die große Befreiung, die es bedeutet, wenn die private Kapitaleigentümerklasse abgeschafft ist. Ich stimme David hier zu. C. Felber dagegen will auch noch die Geldbilanzen durch Gemeinwohlabilanzen und Gemeinwohlpunkte ersetzen. Er hat kein Vertrauen in die eigenständige Vernunft der Mitarbeiterfirmen und ihrer Kunden und will die Firmen durch die Gemeinwohlpunkte in die richtige Richtung ziehen und schieben. Das halte ich für unnötiges Misstrauen in die Arbeiterschaft.
 - f. **Keine Verdammung des Materialismus und des eigenen Nutzens:** Im Gegensatz zu Christian F betont David S, dass wir zur Befreiung vom Kapitalismus keinen neuen Altruismus brauchen, keinen neuen Menschen – sondern es genügt, wenn alle Menschen ihre eigenen Interessen ernst nehmen und sich die tägliche Ausbeutung nicht mehr gefallen lassen. David hat offenbar eine bessere Meinung von den heutigen Erwachsenen als Christian; David meint nicht, dass wir zur Einführung einer neuen Wirtschaft an die Schulkinder herantreten müssen, um sie zu Naturliebe und liebevollem Umgang miteinander zu erziehen. – David geht außerdem von den Marx'schen Erkenntnissen über die Arbeit als Quelle des Wertes, über Mehrwertproduktion, Ausbeutung usw. aus. In all diesen Punkten stehe ich ein wenig näher auf der Seite von David als auf der von Christian.
- 2) Die **ED und die GWÖ sind aber zum Glück gar nicht so unterschiedlich**. Ich denke, wir können beides, die ED und die GWÖ, parallel anstreben und fördern; beide Ansätze bedeuten eine Überwindung des Kapitalismus mit seinen zerstörerischen Tendenzen, und das ist die Hauptsache, denke ich.

4.15 Internalisierung externer Kosten!

Frage: Erreicht die ED eine „Internalisierung externer Kosten“, damit sich die Belastungen von Natur und Umwelt in den Preisen widerspiegeln?

Achims Antworten:

- 1) **Ja:** Es gibt in der ED – wie heute auch schon - das staatliche Steuersystem, das z.B. durch Ressourcensteuern und Ökosteuern die Einpreisung von Naturnutzung in die Endpreise ermöglicht.
- 2) Außerdem gibt es die gesellschaftliche Investitionskontrolle, mit welcher Investitionen in umweltschonende Technologien bewusst gefördert werden können.
- 3) Details zur ökologischen Auswirkung der ED sind zu finden in Davids Buch in Kapitel 5.7 „Ökologie“, siehe hier in diesem Aufsatz das Kapitel 1.5.7.

4.16 „Referenzbetrieb“, eine Idee von Gerd Zeitler.

Frage: Sollte man für jede Branche eine optimale anzustrebende Größe der Firmen definieren, im Sinne der „Referenzbetriebe“, wie sie Gerd Zeitler (Attac München) in seinem Buch „Der Freihandelskrieg“ <http://knol.google.com/k/das-buch-der-freihandelskrieg#>, vorschlug?

Achims Antworten:

- 1) Das Konzept der Referenzbetriebe ist mir nicht mehr in Erinnerung.
- 2) Ich fürchte aber, dass es zu sehr an Planwirtschaft grenzt, wenn wir für jede Branche eine ideale Betriebsgröße definieren würden und Abweichungen davon bestrafen würden.

4.17 In der ED gibt es nach wie vor Ausbeutung: 1) gegenseitig (durch den Wettbewerb), 2) Ausgrenzung von Alten oder Schwangeren. Stimmt das?

Frage: Ist die ED nicht am Ende genauso ausbeuterisch wie der Kapitalismus heutzutage?

Achims Antworten: Nein, denn:

- 1) Es macht einen Unterschied, ob eine Firma die Renditeforderungen der Kapitalanleger erfüllen muss oder nur im Wettbewerb mit anderen Genossenschaften am Markt bestehen muss. Im ersten Fall ist man zu maximaler Rendite der Kapitalanlagen und zur Rechenschaft gegenüber den Kapitalgebern gezwungen; im zweiten Fall muss man nur sehen, dass man die eigenen Kunden auf Dauer zufrieden stellt. Die zweite Anforderung ist deutlich geringer als die erste. Ich glaube nicht, dass die Genossen sich selber ausbeuten müssen, um die zweite Anforderung zu erfüllen.
- 2) Zur Frage der Schwangeren und der älteren Mitarbeiter siehe Frage 4.5 oben.

4.18 Die Genossen in der ED wollen Geld verdienen anstatt die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen zu befriedigen. Reicht es nicht aus, nach Anerkennung und Selbständigkeit zu streben?

Frage: Diese Genossen wollen Geld verdienen anstatt die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen zu befriedigen. Ist das nicht schon der Fehler des Kapitalismus? Wieso brauchen wir Geld als Belohnung? Wieso reicht nicht die Anerkennung und die Selbständigkeit als Belohnung?

Achims Antwort:

- 1) Nein. Es ist kein Widerspruch, wenn sich die Firmen oder Genossenschaften darum bemühen, Geld zu verdienen, und nicht in erster Linie darum, die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen zu befriedigen. – Denn in einer funktionierenden Marktwirtschaft kann man nur dadurch Geld verdienen, dass man die Bedürfnisse seiner Mitmenschen befriedigt! **Das ist der Witz, der Clou und der Trick einer funktionierenden Marktwirtschaft!**
- 2) Von „**Anerkennung**“ und dem Gefühl der Selbständigkeit kann man nicht leben. Zweck der Arbeit ist es in der Regel, die Güter zu beschaffen, die man für die Bedürfnisbefriedigung (materielle wie geistige) braucht. Daher reicht es nicht aus,

wenn ich für meine Arbeit nur Anerkennung und Schulterklopfen ernte – ich möchte auch echte materielle Güter, Produkte der Arbeit anderer, ernten können. Mein Verdienst, in Geld beziffert, ist ein Mittel zu dieser Bedürfnisbefriedigung. Daher kann ich auf Geld nicht verzichten – und genauso wenig können Genossen in einer Genossenschaft darauf verzichten, einen Überschuss ihrer Einnahmen über ihre Ausgaben, genannt „Gewinn“, zu erzielen, denn exakt darin besteht der Lohn für ihre Arbeit.

- 3) Der Zweck der Wirtschaft ist doch: Die Beschaffung aller Güter, die man mit Arbeit beschaffen kann. Wenn ich nur Liebe, Freundschaft und Schulterklopfen bekomme für meine Arbeit, und keine Güter, die mit Arbeit produziert wurden, dann ist der Zweck meiner eigenen Arbeit weitgehend verfehlt.
- 4) Wir müssen daher nur folgende drei Sachen nachweisen:
 - a. In der Economic Democracy können die Firmen nur dadurch Geld verdienen, indem sie die Bedürfnisse ihrer Kunden befriedigen.
 - b. Die Bedürfnisse der Kunden sind so weltmännisch und weitsichtig definiert, dass auch das Bedürfnis nach Nachhaltigkeit und nach Schonung der Natur und des Planeten enthalten sind.
 - c. ODER – falls die Kunden nicht weitsichtig sind und nur auf den Preis schauen: Die Preise beinhalten alle Kosten, auch die „externen“ Kosten, also Naturnutzung und Naturausbeutung. Es findet eine „Internalisierung externer Kosten“ statt.

4.19 Wir Deutschen sparen ständig. Es entsteht ein Problem.

Frage: Ist es ein Problem, wenn ein Land, oder eine Anzahl Menschen, zu viel Geld spart?

Achims Antwort:

- 1) Im Buch „After Capitalism“ zeigt David, dass das Sparen nicht immer positiv ist für die Wirtschaft sondern in einigen Fällen auch schädlich – und dass daher Zinsen auf Spareinlagen eigentlich Unsinn sind. – Ich stimme dem zu.
- 2) Andererseits meine ich (Achim) aber:
 - a. In einer ordentlichen Wirtschaft sollten die Menschen alle Freiheit haben, zu sparen, das heißt: Mehr zu arbeiten, als für den momentanen Konsumbedarf nötig ist-
 - b. Das Scheinproblem, dass dann ja mehr Konsumgüter produziert werden, als momentan benötigt und verbraucht werden, ist ein echtes Scheinproblem. Das Problem hierbei ist nur, dass mit der „Vorausarbeit“, also der Arbeit über den momentanen Konsumbedarf hinaus, Konsumgüter produziert wurden anstatt Produktionsmittel.
 - c. Die Lösung dieses Scheinproblems besteht einfach darin, dass die Wirtschaft darauf achten muss, dass die überschüssige Arbeit, also die Arbeit über den momentanen Konsumbedarf hinaus, nicht in Konsumgüterproduktion gesteckt wird, sondern in Produktionsmittelproduktion, also Sachkapital.
 - d. Es ist also nur eine Frage der Verteilung der Arbeit auf die beiden Produktionssphären: Konsumgüter oder Produktionsmittel (Investitionsgüter). Eine rationale Wirtschaft muss dafür sorgen, dass die Vorausarbeit, also die Arbeit über dasjenige hinaus, was für den aktuellen Konsum nötig ist, nicht in Konsumgüterproduktion fließt sondern in Produktionsmittel-Herstellung und Sachkapital-Produktion.
 - e. Wenn eine Wirtschaft dies richtig macht, führt das „Sparen“ der Menschen nicht zu einem Nachfragemangel oder einem Konsumgüter-Absatzstau, sondern es führt zur beschleunigten Akkumulation von Kapital und Produktionsmitteln, also zu einem Zuwachs des Reichtums an Sachkapital im Lande.

- f. Es entsteht also kein Problem durch das Sparen – wenn nur die Aufteilung der Arbeit in Konsumgüterproduktion und Investitionsgüterproduktion optimal durchgeführt wird.
- 3) **Es entsteht also durch Sparen überhaupt kein Problem – wenn nur die Verteilung der Arbeit auf Konsumgüter- und Investitionsgüterproduktion richtig funktioniert.**

4.20 Gibt es noch Gewerkschaften in der Economic Democracy?

Frage: Gibt es noch Gewerkschaften? Was ist ihre Aufgabe?

Achims Antwort:

- 1) In meinem eigenen Buch "Marktwirtschaft statt Kapitalismus: Reichtum für alle", <http://www.kiesweg.de/book9901.PDF>, schreibe ich über die Gewerkschaften in einer vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft:
 - a. Gewerkschaften oder andere Arbeitervertretungen wird es wohl auch in der NE noch geben. Jedoch wird sich ihr Aufgabenfeld etwas ändern, da sie nicht mehr so arme Schlucker wie heute zu vertreten haben und nicht mehr gegenüber dem Kapital auf so verlorenem Posten stehen wie heute. Heutzutage müssen die Gewerkschaften ständig versuchen, die Gesetze des Arbeitsmarktes zu überlisten und den „Wert der Arbeitskraft“ (siehe Kapitel 2.3) etwas hochzuschrauben, indem sie kleine Kartelle innerhalb der Arbeitnehmerschaft bilden. In der NE dagegen haben die Arbeiter den Markt auf ihrer Seite: Sie werden durch das freie Spiel der Kräfte, allein auf Basis des KIES-Gesetzes (d.h. der steuerlichen Umverteilungs-Maßnahme), ihre Interessen durchsetzen können. Gewerkschaften sind dann nicht mehr so lebenswichtig für die Arbeiter. Möglicherweise braucht man nicht einmal mehr Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, da jeder einzelne Mensch in der NE, wie geschildert, eine genügend starke Verhandlungsposition hat, wenn es um solche Dinge wie Lohnhöhe und Arbeitszeit geht. Aber zur Sicherheit sollten die Gewerkschaften diesen Prozess der Stärkung der Arbeiter durch die Bedingungen der NE aufmerksam und aktiv mitverfolgen, damit das gewünschte Ergebnis herauskommt.
- 2) Ich vermute, dass diese Aussagen, die ich für die „Neue Wirtschaft“ nach Einführung der Kapital-Umverteilungsmaßnahme KIES geschrieben habe, auch für die Rolle der Gewerkschaft in anderen Formen des Marktsozialismus, z.B. in der ED und der GWÖ, zutreffen.
- 3) Traditionell haben die Gewerkschaften die Aufgabe, die Interessen der „Arbeitnehmer“ gegenüber den Kapitalisten zu verteidigen. In einer befreiten Marktwirtschaft sind die Arbeiter selber die Bestimmer der Wirtschaft und die Arbeitgeber. Ein Streik der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber wäre also ein Streik der Arbeiter gegen sich selber. Das macht keinen Sinn. Also sind Gewerkschaften scheinbar überflüssig. Aber sie sollten trotzdem aktiv bleiben als wachsame Instanzen, die sich rühren, sobald irgendwo in der Gesellschaft Tendenzen sichtbar werden, die den Arbeiterinteressen zuwider laufen.

4.21 Warum verdienen Akademiker mehr als einfache Arbeiter?

Frage: Warum verdienen Akademiker mehr als einfache Arbeiter?

Achims Antwort:

- 1) Das ist leicht zu erklären, wenn man akzeptiert, dass ein Studium gleichzusetzen ist mit dem Ansammeln von „Humankapital“ im eigenen Kopf. Ein Akademiker hat somit Kapital im eigenen Kopf angesammelt durch die jahrelange Ausbildung.

- 2) Im Kapitalismus – wie vermutlich auch in jeder anderen Marktwirtschaft – kann man Kapital einsetzen, um sich die Arbeit zu erleichtern oder auch um Zinsen einzunehmen.
- 3) Das Humankapital des Akademikers ermöglicht diesem also eine bessere Bezahlung der Arbeit: Der Akademiker kann also z.B. mit 35 Wochenstunden viel mehr verdienen als ein einfacher Arbeiter mit 50 oder 60 Stunden.
- 4) Die Erklärung ist: Es handelt sich hier quasi um die „Verzinsung“ des Kapitals, das der Akademiker durch sein Studium, das ja mehrere Jahre unbezahlte Arbeit bedeutete, angesammelt hat.
- 5) Vermutlich wird das auch in einer Economic Democracy noch so sein, dass ein jahrelanges Studium dadurch belohnt wird, dass man danach mit weniger Arbeit mehr verdient.
- 6) Wenn diese bessere Bezahlung der Akademiker abgeschafft würde, könnte es passieren, dass nicht mehr genug Leute ein Studium auf sich nehmen, so dass am Ende Akademikermangel (Ärztmangel, Ingenieurmangel, Lehrermangel etc.) eintritt.
- 7) **Ob allerdings die Bildung von Kapital (einschließlich Humankapital, Ausbildung) wirklich durch eine Art „Verzinsung“ bezahlt werden muss, oder ob es andere, gerechtere Formen der Belohnung von „Vorausarbeit“ gibt, die nicht zur Spaltung der Gesellschaft in Kapitaleigentümer und Habenichtse führt, ist noch zu untersuchen. Es ist eine absolut offene und wichtige Frage, aus meiner Sicht.**